

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

2. Sitzung vom 16. März 2026 von 18.00 bis 20.40 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz Julia Frischknecht, Präsidentin

Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiberin II

Präsenz

Einwohnerrat

Mitglieder des Einwohnerrats: 39

Absolutes Mehr: 20

Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat

Roland Vogt, Gemeindeammann

Sonja Isler-Rüttimann, Vizeammann

Thomas Geissmann, Gemeinderat

Claudia Hauri, Gemeinderätin

Olivier Parvex-Käppeli, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber

Jessica Wüest, Gemeindeschreiber-Stv.

Niels Hildebrandt, Präsidium SLK

Franziska Walti, Präsidium SLK

Paul Bitschnau, Bereich Schulraumplanung SLK

Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales und Bildung

Gaetano Fiscelli, Bereichsleiter-Stv. Planung, Bau und Umwelt

Andreas Jauch, Co-Abteilungsleiter Liegenschaften und Anlagen

Entschuldigungen Mika Heinsalo, Dorfteil Anglikon

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 16002 Verwaltungsrat IB Wohlen AG – Wahlvorschläge
3. Bericht und Antrag 15161 Sportzentrum Niedermatten; Sanierung Tennisplätze (1. Etappe) – Genehmigung Verpflichtungskredit (überarbeitete Version)
4. Bericht und Antrag 16008 Containerprovisorium Bünzmatt – Verpflichtungskredit Realisierung
5. Bericht und Antrag 16009 Containerprovisorium Junkholz – Verpflichtungskredit Realisierung

Frischknecht Julia, Präsidentin:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 16002 Verwaltungsrat IB Wohlen AG – Wahlvorschläge
- Anfrage 16003 betreffend Fasnachtsumzug 2026
- Anfrage 16004 betreffend Bauprojekt der Stach Investment AG, Dienstbarkeitsvertrag Ortsbürger und allgemeine Fragen
- Bericht und Antrag 16006 Bericht zum Postulat 15053 betreffend der ehemalige Forstwerkhof als Aus- senstelle der Schule Wohlen (Waldschule) – Kenntnisnahme und Abschreibung
- Antwort zur Anfrage 16003 betreffend Fasnachtsumzug 2026
- Einladung zur 2. Einwohnerratssitzung vom 16. März 2026
- Motion 16010 betreffend Weiterverwendung statt Entsorgung des Zweckbaus Halde
- Postulat 16011 betreffend Sicherheit der Mitarbeitenden im Gemeindehaus verbessern
- Anfrage 16012 betreffend Zeitpunkt der Wahl der gemeinderätlichen Kommissionen

Rücktritt und Verabschiedung Samuel Keller

Frischknecht Julia, Präsidentin: verliest das Rücktrittschreiben.

Keller Samuel, FDP: Meine älteste Tochter heisst ebenfalls Julia und Yves, mein Sohn ist mit Julia Frisch- knecht in die gleiche Klasse gegangen. Für mich ist die Zeit gekommen, einen Schritt zur Seite zu treten und einer jüngeren Person, Rafael Schürer, Platz zu machen – ein geplanter Generationswechsel. Vor drei Wochen habe ich deshalb mein Demissionsschreiben abgegeben. Beim Reflektieren von dieser Rede wurde mir plötzlich bewusst, wie ich politisiert wurde. Es hat begonnen, als ich in praktisch allen Klassen Klassensprecher war. Später ging es weiter an der ETH im Studentenrat. Ich habe immer vergessen Nein zu sagen – es ist irgendwie passiert. So sind es am Ende 12 Jahre im Einwohnerrat geworden – Jahre, die mir sehr viel Freude bereitet haben und nur ganz selten Verdross. Ich durfte meine tiefe bürgerliche Grund- haltung vertreten: Eigenverantwortung, Gemeinsinn und Zukunftsorientierung. Als Unternehmerstimme wurde ich gehört und akzeptiert. Dafür danke ich euch herzlich. Für mich hat inzwischen ein neuer Lebens- abschnitt begonnen: die Rente – ein Abschnitt, den ich nun bewusst geniessen möchte. Ich bin heute fünffacher Grossvater von zwei- bis fünfjährigen Enkelkindern, zu denen ich einen sehr engen Kontakt pflegen darf. Es ist unglaublich schön zu sehen, wie sie heranwachsen, Fragen stellen und nach Werten verlangen. Es sind unsere Werte – jene meiner Frau und mir – , die wir weitergeben dürfen. Und wer weiss: Vielleicht findet eines dieser Enkelkinder eines Tages selbst Freude an der Politik. Ich habe noch einen Wunsch an Sie, zum Wohle von meiner Wahlheimat Wohlen

- Haben Sie Respekt zueinander
- Geben Sie Sorge dem Geld
- Und vermeiden Sie vor allem den Bürokratietiger

Ich wünsche Ihnen alles Gute und vor allem es «glücklichs Händli». Merci für die schöne Zeit mit Ihnen.

Frischknecht Julia, Präsidentin:

- | | |
|--|---------------------------|
| – Mitglied Einwohnerrat: | 01.01.2014 bis 16.03.2026 |
| – Stimmzähler: | 01.01.2020 bis 31.12.2025 |
| – Mitglied Kommission für Umwelt, Energie und Klima: | 01.01.2002 bis 31.12.2009 |
| – Mitglied Liegenschaftskommission: | 01.01.2022 bis 31.12.2025 |

Schweigeminute Alois Lütolf

Ich habe eine letzte Mitteilung zu machen – die meisten haben es bereits gehört. Seit der letzten Sitzung vom 12. Januar – nämlich eine Woche später – ist der ehemalige Einwohnerratspräsident Alois Lütolf verstorben. Er war in den ersten Stunden des Einwohnerrates Wohlen mit dabei gewesen. Dies ist nun mehr als 61 Jahre her. Er war ein langjähriges und sehr geschätztes Mitglied der Wohleiner Politlandschaft. Ich darf Sie einladen, sich zu erheben und für einen kleinen Moment für ihn innezuhalten.

**Bericht und Antrag 16002 Verwaltungsrat IB Wohlen AG –
Wahlvorschläge**

Stäger Philipp, FGPK: Turnusgemäss stehen zwei Jahre nach 2024, die nächsten Erneuerungswahlen des IB Wohlen Verwaltungsrates an. Mit Hansueli Bircher, Sandra Lehmann, Lukas Küng und Hans-Ulrich Pfyffer treten vier der fünf bisherigen Verwaltungsräte wieder an – Letzterer wird auch wieder als Verwaltungsratspräsident vorgeschlagen. Nicht mehr zur Wahl stellt sich Martin Bolliger, der während 12 Jahren im Verwaltungsrat mitwirkte. Diese Lücke soll gemäss Vorschlag des Gemeinderats durch Urs Schürmann gedeckt werden. Dieser stellte sich in der FGPK persönlich vor und stand uns – zusammen mit Hans-Ulrich Pfyffer – Red und Antwort. Die meisten Mitglieder der FGPK kannten ihn bereits bestens. Der Vollständigkeit hat er uns trotzdem noch einige Punkte aus seinem Lebenslauf mitgegeben: Als Unternehmer und Mitinhaber führt er ein in Wohlen und Umgebung bestens bekanntes Getränke Unternehmen. Seine Karriere startete Urs Schürmann mit einer kaufmännischen Lehre bei der Cellpack AG. Anschliessend absolvierte er die HWV in Baden (für die Jüngeren: dies ist der Vorgänger des Betriebswirtschaftsstudiums an der Fachhochschule) sowie eine Weiterbildung im Bereich KMU an der HSG in St. Gallen. Zudem engagierte er sich rund zehn Jahre als Präsident der Donatoren des FC Wohlen, war im Vorstand des Handwerker- und Gewerbevereins Wohlen und bei der letzten Ausstellung für die Logistik und den Getränkeachschub verantwortlich und aktuell ist er auch noch im Vorstand der SwissDrinks, der führenden Branchenorganisation im Schweizer Getränkegrosshandel. Zudem war er vermutlich einer der am längsten in der Funktion als Ehrenkammer – er war während Corona drei Jahre in dieser Funktion. Urs Schürmann bestätigte, dass er sich dies zeitlich gut einrichten könne und freue sich, wenn er seine Erfahrung bei einer bestens geführten Firma einbringen dürfe. Neben seinen fundierten betriebswirtschaftlichen Kenntnissen und der langjährigen Geschäftsführungserfahrung in einer ähnlich grossen Unternehmung wie die IB Wohlen AG, kennt er als Wohler Urgestein auch die lokale und regionale Unternehmerszene sehr gut. Urs Schürmann ist mit Jahrgang 1964 auch etwas jünger als Martin Bolliger, eine grosse Verjüngung des Verwaltungsrats ergibt sich dadurch jedoch nicht. Dies war neben seinem Geschlecht der einzige Kritikpunkt. Beide zielten jedoch weniger auf seine Person, sondern viel mehr auf die Zusammensetzung des Gesamtverwaltungsrats. Hans-Ulrich Pfyffer berichtete, dass bei den Kandidatensuche – die jeweils in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat erfolgt – immer wieder Kompromisse beim Alter und der Fachkompetenz eingegangen werden müssen. Der Verwaltungsrat ist sich der Problematik durchaus bewusst und wird dies in zwei Jahren, wenn weitere Nachfolgen anstehen, wieder aufnehmen. Weiter wollte die FGPK wissen, ob es bereits Vorbereitungsüberlegungen für eine mögliche Strommarktöffnung gibt. Diese könnte bei einer Annahme des Stromabkommens (als Teil der Bilateralen III) durch das Volk relevant werden. Es gibt sicherlich noch keinen Grund zur Panikmache. Die FGPK macht jedoch darauf aufmerksam, dass bei einer Strommarktöffnung mit Lukas Küng ein aktueller Verwaltungsrat dann in einer Konkurrenzsituation stehen könnte, was gemäss Statuten nicht zugelassen ist. In diesem Fall würde neben Hansueli Bircher ein zweiter Branchenkenner wegfallen und die FGPK bittet dies Weitsichtig zu planen und sicher zu stellen, dass das Knowhow in der Unternehmung behalten werden kann. Und am Schluss wurde natürlich noch über die Empfehlung abgestimmt. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat alle vorgeschlagenen Verwaltungsratsmitglieder zu wählen.

Dies mit folgendem Abstimmungsergebnis derFGPK:

- | | |
|-------------------------------|-------------------------------|
| – Hans-Ulrich Pfyffer, bisher | einstimmig |
| – Hansueli Bircher, bisher | 8 Ja-Stimmen mit 1 Enthaltung |
| – Sandra Lehmann, bisher | einstimmig |
| – Lukas Küng, bisher | 8 Ja-Stimmen mit 1 Enthaltung |
| – Urs Schürmann, neu | einstimmig |

Auch die Empfehlung für den Verwaltungsratspräsidenten fiel einstimmig zugunsten von Hans-Ulrich Pfyffer aus.

Ich werde zwecks Beschleunigung der heutigen Sitzung auch gleich das Votum der GLP halten. Die GLP wird alle zur Wahl stehenden Personen einstimmig wählen, inklusive des Verwaltungsratspräsidenten sowie dem neu zur Wahl stehenden Kandidaten Urs Schürmann. Mit Urs Schürmann glauben wir, dass ein bestens vernetzter und kompetenter Nachfolger von Martin Bolliger vorgeschlagen wurde und gut in das Gremium passen wird. Auch wir möchten jedoch – wie die FGPK – darauf hinweisen, dass die Altersstruktur am oberen Ende liegt und auch die Vertretung der Geschlechter nicht ganz im Gleichgewicht liegt. Diverse Stimmen kamen auf, dass bei der künftigen Suche neuer Verwaltungsratsmitglieder, diese Punkte stärker berücksichtigt werden sollen. Die Fraktion GLP wünscht allen Kandidaten viel Erfolg bei der Wahl – und dann natürlich insbesondere auch ein geschicktes Händchen bei der Ausführung des Amtes.

Vogt Roland, Gemeindeammann: Der Gemeinderat dankt dem Sprecher der FGPK für die gute Aufnahme des Geschäftes. In erster Linie dankt der Gemeinderat aber an dieser Stelle der IB Wohlen AG und dem amtierenden Verwaltungsrat für die guten Dienste, welche sie jahrein, jahraus erbringen sowie für die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. 2026 sind Neuwahlen im Verwaltungsrat. Martin Bolliger, Vertreter aus dem Gewerbe, tritt zurück. Für ihn ist ein Ersatz gesucht worden. Der Verwaltungsrat ist mit dem Gemeinderat frühzeitig in Kontakt getreten und man hat nach einem würdigen Ersatz gesucht. Der Verwaltungsrat hat Urs Schürmann vorgeschlagen und der Gemeinderat ist erfreut über diese Kandidatur. Urs Schürmann muss man kaum vorstellen. Man kennt ihn als langjähriger Unternehmer eines Familienbetriebs. SCHÜWO ist ein Begriff über die Gemeinde- und Kantonsgrenze hinaus. Er ist überall engagiert. Im Gewerbe, im FC. Er ist eine Persönlichkeit und wir sind sehr froh, dass man ihn als zukünftigen Verwaltungsrat vorschlägt. Der Gemeinderat legt Ihnen nahe, den Antrag mit Hans-Ulrich Pfyffer, Hansueli Bircher, Sandra Lehmann, Lukas Küng und neu Urs Schürmann zu unterstützen, sodass an der Generalversammlung die fünf Personen gewählt werden können. Zudem schlagen wir Hans-Ulrich Pfyffer als Verwaltungsratspräsident für weitere zwei Jahre vor. Danke für die positive Aufnahme – auch von den Fraktionen.

Fraktionsmeinungen

Zingg Lionel, FDP: Die Fraktion der FDP kann im Grundsatz den Ausführungen des Sprechers der FGPK folgen. Es freut unsere Fraktion besonders, dass wir einen Lokalunternehmer als Kandidaten für den Verwaltungsrat der IB Wohlen AG vorgeschlagen bekommen haben.

Urs Schürmann ist nicht irgendwo Unternehmer, sondern schafft direkt in Wohlen Arbeitsplätze. Selbst in diesem Raum können das nicht viele von sich behaupten und das freut uns besonders. Wir wählen ebenfalls die Bisherigen, welche vorgeschlagen werden, geschlossen wieder. Bei dieser Gelegenheit möchten wir jedoch auch darauf hinweisen, dass wir aufgrund der Abgänge, die in Zukunft auf uns zukommen werden – wie wir es bereits gehört haben – möglichst früh und genau die Nachfolgeplanung in Angriff nehmen.

Schmid Patrick, Grüne: Ich mache «copy and paste» von meinen Vorrednern. Auch wir Grünen unterstützen die Wiederwahl der vier Wiederkandidierenden und bedanken uns für den tollen Job, den sie in den letzten Jahren gemacht haben. Die Neuwahl von Urs Schürmann finden wir ebenfalls sehr sinnvoll. Jemand der im heimischen Gewerbe sehr aktiv und gut vernetzt ist, ist sicherlich auch gut im Verwaltungsrat. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass wir mittelfristig im Verwaltungsrat eine Verjüngung und eine bessere Frauenquote haben sollten.

Christen Peter, SVP: Die SVP Wohlen-Anglikon unterstützt den Bericht und Antrag in beiden Punkten – das vorweg. Der bestehende Verwaltungsrat macht einen guten Job und es freut uns besonders, dass dieser Verwaltungsrat neu Urs Schürmann als neues Verwaltungsratsmitglied portiert. Urs Schürmann ist ein Ur-Wohler – ein Urgestein in Wohlen. Er ist, glaube ich, sein ganzes Leben lang in Wohlen zu Hause gewesen und ganz viele von Ihnen kennen ihn. Wir gratulieren dem Verwaltungsrat zur Nomination von ihm und bereits jetzt Urs Schürmann zu der ganz sicher einmalig guten Wahl. Die SVP Wohlen-Anglikon unterstützt im Weiteren den Antrag für die Wiederwahl von Hans-Ulrich Pfyffer auf weitere zwei Jahre als Präsident – das ebenfalls einstimmig. Lassen Sie mich noch einen kleinen Punkt anfügen. Es wurde mehrere Male angesprochen: Jüngere Kandidaten, Frauen etc. Bei uns ist ganz klar die Meinung, dass die Kompetenz vor der Quote kommt. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig hier drinnen.

Heinrich Daniel, Die Mitte/Dorfteil Anglikon: Martin Bolliger stellt sich nicht zur Wiederwahl zur Verfügung. Die IB Wohlen AG hat uns Urs Schürmann zur Wahl vorgeschlagen. Urs Schürmann ist in Wohlen aufgewachsen – das wurde bereits gesagt. Er ist in Wohlen verwurzelt und führt ein Familienunternehmen, welches alle kennen – das wurde ebenfalls bereits gesagt. Er ist es sich gewohnt, eine Firma im hart umkämpften Markt zu leiten, neue Märkte zu erschliessen, eine Firma neu auszurichten. Mit dem ganzen Wissen und Rucksack wird er sicherlich eine riesige Erweiterung und Verstärkung im Verwaltungsrat der

IB Wohlen AG sein. Ein bisschen Wehmut haben wir dennoch. Wir wünschen uns eine gute, starke Unternehmerin im Verwaltungsrat – es gibt auch gute Frauen, Peter Christen. Eine markante Verjüngung muss unbedingt stattfinden. Wir sind einstimmig für Urs Schürmann als Mitglied für den Verwaltungsrat. Zu den bisherigen Mitgliedern sagen wir klar Ja. Ebenfalls befürworten wir die erneute Präsidentschaft von Hans-Ulrich Pfyffer. Wir bedanken uns bei allen und wünschen ihnen viel Erfolg.

Pascolin Laura, SP: Vorerst möchte ich es Peter Christen deutlich machen, dass wir uns im Einwohnerrat nicht alle einig sind. Die SP-Fraktion unterstützt die bestehenden Kandidaturen für den Verwaltungsrat der IB Wohlen AG. Ebenso unterstützen wir die Kandidatur von Urs Schürmann. Gleichzeitig möchten wir auf die Eigentümerstrategie der Ib Wohlen AG hinweisen. Darin ist festgehalten, dass bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates verschiedene Kompetenzen abgedeckt sein sollen und, dass bei der Nominierung nach Möglichkeit auch auf die Kriterien Geschlecht und Alter geachtet wird. Vor diesem Hintergrund bedauern wir, dass im Verwaltungsrat derzeit und zukünftig lediglich eine Frau vertreten ist. Gerade bei strategischen Gremien ist eine ausgewogene Vertretung wichtig, weil unterschiedliche Perspektiven zu besseren Entscheidungen beitragen. Da sich in den kommenden Jahren ohnehin wieder Veränderungen im Verwaltungsrat abzeichnen, erwarten wir, dass diesem Aspekt künftig stärker Rechnung getragen wird. Zum Schluss möchten wir uns bei allen bisherigen Mitgliedern des Verwaltungsrates herzlich für ihr Engagement und ihre geleistete Arbeit im Interesse der Gemeinde bedanken. Und vielleicht gelingt es uns bei der nächsten Wahl ja, nicht nur über Diversität zu sprechen, sondern sie auch umzusetzen.

Abstimmung

Den gemeinderätlichen Anträgen

Gemäss § 28 Abs. 1 Ziff. 3 lit. c) der Gemeindeordnung Wohlen vom 12. Dezember 2016 beschliesst der Einwohnerrat, dass

1. *der Gemeinderat beauftragt und ermächtigt wird, folgende Personen (5) anlässlich der Generalversammlung vom 12. Juni 2026 als Mitglieder in den Verwaltungsrat der IB Wohlen AG für die Dauer von zwei Jahren zu wählen:*

- a) *Bircher, Hansueli, 1956, bisher*
- b) *Pfyffer, Hans-Ulrich, 1960, bisher*
- c) *Lehmann Sandra, 1968, bisher*
- d) *Küng Lukas, 1966, bisher*
- e) *Schürmann Urs, 1964, neu*

Das Ergebnis lautet:

	Nomination bestätigt ☒				
	Ja	Nein	Ungültig /leer	Total Stimmen	
Hansueli Bircher, 1956, bisher	36	2	1	36	☒
Hans-Ulrich Pfyffer, 1960, bisher	36	2	1	36	☒
Sandra Lehmann, 1968, bisher	38	1		38	☒
Lukas Küng, 1966, bisher	39			39	☒
Urs Schürmann, 1964, neu	39			39	☒

2. *der Gemeinderat beauftragt und ermächtigt wird, folgende Person (1) anlässlich der Generalversammlung vom 12. Juni 2026 als Präsident in den Verwaltungsrat der IB Wohlen AG für die Dauer von zwei Jahren zu wählen:*

Pfyffer Hans-Ulrich, 1960, Präsident, bisher

wird 38 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Bericht und Antrag 15161 Sportzentrum Niedermatten; Sanierung Tennisplätze (1. Etappe) – Genehmigung Verpflichtungskredit (überarbeitete Version)

Zingg Lionel, FGPK: Die FGPK bedankt sich bei den Verantwortlichen, dass uns bereits an der zweiten Einwohnerratssitzung in dieser Legislatur die überarbeitete Version vom Bericht und Antrag Sanierung Tennisplätze unterbreitet wird. Die FGPK hat das vorliegende Geschäft geprüft und diskutiert. Sinn und Zweck von dieser Vorlage sind für die Kommission nachvollziehbar. Nach 20 Jahren intensiver Nutzung sind die Tennisplätze in einem schlechten Zustand. Dieser ist mittlerweile so kritisch, dass die Nutzung der Plätze sogar stark von Witterungsverhältnissen abhängig ist. Der Tennis Club Niedermatten leistet wichtige Nachwuchsförderung – und das nicht nur in Wohlen, sondern überregional. Denn die Mehrheit der Vereinsmitglieder haben ihren Wohnsitz nicht in Wohlen. Die FGPK teilt die Einschätzung, dass Allwetterplätze gegenüber von Sandplätzen Vorteile aufweisen. Auf Allwetterplätzen, wie dem vorgesehenen Acrylbelag, kann ganzjährig und weitgehend unabhängig von Witterungsverhältnissen gespielt werden. Das erhöht die Effizienz der Nutzung der neuen Plätze. Die FGPK kritisiert aber auch mehrere Aspekte beim vorliegenden Bericht und Antrag. Die Vereinbarung, dass sich Vereine an der Sportanlage Niedermatten mit 2.6% an Investitionen beteiligen müssen, ist ausgelaufen. Die Konsequenz davon ist, dass das Sanierungsprojekte und die jeweilige Beteiligung vom Verein individuell betrachtet wird. Der Vorteil besteht darin, dass auf die individuelle, finanzielle Situation und auf einen anfälligen finanziellen Nutzen von einem Projekt für einen Verein eingegangen werden kann. Allerdings gibt es keine Planungssicherheit für alle Beteiligten, was die Höhe der Beiträge bei zukünftigen Investitionen in der Niedermatten betrifft. Die FGPK äussert darum gegenüber dem Gemeinderat die Erwartung, dass der vertragslose Zustand möglichst bald beendet wird. Zudem möchte die FGPK bei zukünftigen Vorlagen mit einer ähnlichen Form gerne einen stärkeren Zahlenvergleich mit Blick in die Zukunft und einen konkreteren finanziellen Vergleich von mehreren geprüften Varianten im Bericht und Antrag aufgeführt haben. Der dritte und Hauptkritikpunkt von einer Mehrheit der FGPK betrifft die Kostenbeteiligung des Tennis Clubs Wohlen. Dem Bericht und Antrag ist folgendes zu entnehmen:

«Dank des Ersatzes der Sand-Mergel-Beläge durch den Acrylbelag sinken die laufenden Kosten deutlich. Die Kostenersparnis beziffert der Tennis Club Wohlen Niedermatten im Bereich des Unterhalts und der Platzwartung gesamthaft mit rund CHF 7'000 bis 10'000 pro Platz und Jahr.»

Geht man von einer Lebensdauer der vier neuen Plätze von 20 Jahren aus, so kommt man, gesamthaft über die Dauer, auf finanzielle Einsparungen für den Tennis Club von CHF 560'000 bis CHF 800'000. Dies bei einem einmaligen Anteil von CHF 48'000 an den Investitionskosten bei der jetzt vorliegenden Vorlage des Gemeinderates. Der finanzielle Nutzen für den Tennis Club ist aus Sicht einer Mehrheit der FGPK gemäss der eigenen Einschätzung des Vereins sehr hoch. Gleichzeitig beträgt der Liquiditätsgrad III des Tennis Clubs 175%. Die finanzielle Situation ist komfortabel. Gemessen am Nutzen ist der Beitrag von 15% vom Tennis Club darum aus einer Sicht der Mehrheit der FGPK zu tief. Die Kommission beantragt darum grossmehrheitlich, den Antrag 2 vom Bericht und Antrag zu ändern und die Beteiligung vom Tennis Club Niedermatten an den Gesamtkosten auf 25% festzulegen. Weil die Unterhaltskosten der neuen vier Plätze deutlich tiefer sind, hat der Tennis Club die zusätzlichen CHF 32'000 gemäss der eigenen Kostenspareinschätzung bereits nach einem Jahr vollständig kompensiert. Eine Minderheit in der FGPK war der Meinung, dass die 15% genug hoch angesetzt sind und andere Vereine in der Niedermatten sich einen Anteil von 25% bei möglichen, zukünftigen Investitionen nicht leisten könnten. Die grundsätzliche Stossrichtung des Bericht und Antrages wird von der FGPK unterstützt. Die Sanierung der Plätze 1 bis 4 kommt zu einem richtigen Zeitpunkt und der Einbau von einem Acryl- und somit einem Allwetterbelag ist somit sinnvoll. Aufgrund des grossen finanziellen Nutzens des vorliegenden Bericht und Antrages für den Tennis Club und seiner komfortablen Finanzlage ist die FGPK grossmehrheitlich der Ansicht, dass die Kostenbeteiligung mit 15% zu tief ist.

Die FGPK empfiehlt dem Rat mit 7 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung dem Antrag 1 zuzustimmen. Die FGPK empfiehlt dem Rat mit 6 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem FGPK-Änderungsantrag für eine Beteiligung des Tennis Clubs von 25% zuzustimmen. Dem abgeänderten gemeinderätlichen Antrag empfiehlt die FGPK mit 8 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zuzustimmen.

Vogt Roland, Gemeindeammann: Ich danke dem Sprecher der FGPK für die befürwortenden Ausführungen, dass man die Plätze dringend sanieren muss. Ein kurzer Rückblick. Der Gemeinderat hat im letzten Jahr im November das Geschäft, welches wir heute diskutieren, nicht in dieser aber in einer ähnlichen Form zurückgezogen, weil es gewisse Missverständnisse gab zwischen Gemeinderat und Tennis Club. Im Anschluss an das Geschäft wurde mit dem Tennis Club Rücksprache genommen worden. Wir sind auf das eingegangen und wir bringen Ihnen heute eine Vorlage, welche dem Tennis Club entspricht. Das bedeutet, wir bringen Ihnen eine Vorlage für die Sanierung der Tennisplätze 1 bis 4 und werden eine weitere Vorlage für die Plätze 5 bis 9 in einer zweiten Phase bringen. Neu an dieser Vorlage ist in diesem Sinne eine kleine Korrektur bei den Kosten. Wir gehen neu von CHF 320'000 aus und der Verteiler, wie die Kosten schlussendlich bezahlt werden sollen, wurde angepasst. Der Gemeinderat hat aufgrund der Vorlage, in der man nur die Plätze 1 bis 4 bringt, beim Kanton 15% Beteiligung aushandeln können. Der Gemeinderat hat nach Rücksprache mit dem Vorstand des Tennis Clubs ihre Beteiligung ebenfalls auf 15% angesetzt. Der Gemeinderat ist der Meinung, das ist fair gegenüber dem Tennis Club, aber es darf nicht höher sein. Über den Belag selbst, da gibt es keine Differenzen zur Meinung der FGPK – es braucht dort einen Trockenplatz für die Traglufthalle sowie für die Plätze 3 und 4, damit man den Erhalt länger gewähren kann. Es ist richtig, dass der Unterhalt in Zukunft abnimmt für den Verein. Denn der Hartbelag braucht viel weniger Pflege und Wasser und dementsprechend auch Unterhalt, welcher der Verein in den letzten Jahren selbständig getragen hat. Das muss man sagen. Gegenüber den anderen Vereinen hat dieser Verein in den letzten 20 Jahren mehrheitlich Aufwände selbst getragen. Die Aufwände werden in Zukunft reduziert, das ist korrekt. Aber weiterhin haben sie die Plätze 5 bis 9, welche sie unterhalten müssen. Diese werden wir nicht in den nächsten fünf Jahren machen, sondern darüber hinaus, weil dann ein weiteres Projekt vorliegen wird, über welches der Einwohnerrat diskutieren kann. Zum Änderungsantrag der FGPK. Der Gemeinderat ist der Meinung, die 15% sind korrekt. Sie sind verhandelt mit dem Tennis Club und der Vorstand kann mit diesen 15% auch vor die Generalversammlung treten und sie beziehungsweise CHF 48'000 beantragen. Alles darüber hinaus, also über 15%, ist aus Sicht des Gemeinderates zu viel. Es wäre nicht fair gegenüber diesem Verein, welcher in den letzten Jahren bereits mehr bezahlt hat. Es ist nicht fair gegenüber von anderen Vereinen und es ist ein Signal für andere Vereine, wenn man mit 25% in die Diskussion geht. Es ist ein Signal, welches man ausstrahlt, im Hinblick auf andere Vereine in der Niedermatten aber auch andere Vereine – sei es Handball oder Eishockey Club – wenn man plötzlich auf andere Beträge kommt – das geht nicht. Dem Gemeinderat ist die finanzielle Lage sicherlich bewusst. Es ist klar, wir haben nicht zu viel Geld. Aber die Erhöhung auf 25% ist gegenüber dem Verein zu viel. Man hat die finanzielle Lage angeschaut. Ich möchte Sie darum bitten, den Änderungsantrag der FGPK abzulehnen und den Anträgen des Gemeinderates zu folgen mit den generellen Kosten von CHF 320'000 und 15% Beteiligung.

Fraktionsmeinungen

Angst Matthias, GLP: Ich freue mich, dass ich mein schon für die Novembersitzung vorbereitetes Votum bereits jetzt wieder hervorheben darf. Das bedeutet, dass der Gemeinderat und der Tennisclub rasch die erforderlichen Gespräche führten und eine passende Lösung gefunden haben. Meine Fraktion findet, dass dieser Bericht und Antrag erneut eine saubere Auslegeordnung der Bedürfnisse und Optionen enthält. Wie schon vergangenen Spätherbst unterstützen wir das Anliegen, dass vorerst die Plätze 1 bis 4 im Sinne des Clubs umgehend saniert werden. Der Tennisclub Wohlen ist einer der grössten seiner Art in der Schweiz, was die Infrastruktur entsprechend fordert. Die vielen Interclub-Mannschaften locken unzählige Teams aus der ganzen Schweiz auf die Niedermatten und machen automatisch Werbung für Wohlen. Immerhin rund die Hälfte der Clubmitglieder wohnt gar in Wohlen, öfters keine schlechten Steuerzahler. Die Plätze gehören der Einwohnergemeinde; die Sanierung ist nötig. Und der Club hat sich angemessen zu beteiligen. All das haben die Involvierten gestützt auf die bisherige Praxis und Absprachen stimmig ausgehandelt. Wir sehen keinen Grund, weshalb wir das heute Abend gestützt auf irgendwelche Wünsche oder halbdurchdachten Überlegungen einseitig anpassen sollten. Darum werden wir geschlossen der überarbeiteten Vorlage zustimmen. Diese sieht bereits eine von 10% auf 15% erhöhte Beteiligung des Tennisclubs vor. Das ist beachtlich und entlastet die Gemeinde als Eigentümerin der Anlage. Wir empfehlen allen, mit einem Ja ein starkes Zeichen für den Sport zu setzen und damit gut zu unserer Infrastruktur und den Sportvereinen zu schauen.

Schneider Matthias, SP: Nach dem vorzeitigen Forfait vom Gemeinderat im letzten Jahr, dürfen wir heute über die Sanierung der Tennisplätze 1 bis 4 im Einwohnerrat entscheiden. Weil es der damalige zuständige Gemeinderat verpasst hat, im letzten Jahr ein sinnvolles Geschäft für den Tennisclub und die Gemeinde vorzubereiten, befindet sich dieses Geschäft unter enormen Zeitdruck. Weil gerade die Plätze in der Halle stark sanierungsbedürftig sind. Im zurückgezogenen Antrag vom Gemeinderat im letzten November, wurde mit dem Tennisclub eine Beteiligung von 10% festgelegt – im heutigen eine Beteiligung 15%. Neu ist auch

die FGPK nicht einverstanden und möchte mit dem Änderungsantrag auf 25% Eigenbeteiligung des Tennis Clubs Wohlen Niedermatten erhöhen. Wir haben nun folgende Situation: Wir haben Tennisplätze, die dringend saniert werden müssten, Zeitdruck, weil der fehlerhafte Antrag vom letzten November zurückgezogen werden musste und eine FGPK, die mehr Eigenbeteiligung des Clubs möchte. Übrigens, am wenigsten an der jetzigen Situation dafür kann der Tennisclub selbst. Er ist anscheinend in einen Würgegriff der jetzigen Wohler Politik geraten. Die SP Wohlen schlägt folgendes vor: Stimmen wir der jetzigen Vorlage unverändert zu, so können die Plätze 1 bis 4 sicher und pünktlich saniert werden. Mit den neuen Acrylplätzen spart der Club zukünftig Unterhaltskosten, zudem erwirtschaftet der Tennisclub auch mehr Geld, da auch neu bei schlechtem Wetter gespielt werden kann. Deshalb sollte bei der Ausarbeitung der Sanierungsanträgen der Plätze 5 bis 9, die im Jahr 2029 geplant sind, dies unbedingt von der neuen zuständigen Gemeinderätin berücksichtigt werden. Denn auch dieses Geschäft muss gemäss Grundsatzvereinbarung wieder neu und bezüglich Finanzkraft des Clubs ausgehandelt werden. Folglich stimmt die SP Wohlen am Verpflichtungskredit von CHF 320'000 einstimmig zu. Zudem werden wir einstimmig der Beteiligung des Tennisclubs Wohlen Niedermatten von 15% zustimmen. Der Änderungsantrag der FGPK bezüglich der Beteiligung von 25% lehnen wir ab.

Knoblauch Aline, Die Mitte/Dorfteil Anglikon: Dass die Tennisplätze 1 und 2 saniert werden müssen, ist unbestritten. Das haben wir bereits beim Bericht und Antrag vom letzten November gewusst. Nun haben wir einen überarbeiteten Bericht und Antrag mit der Sanierung der Plätze 1 bis 4 vor uns liegen und die FGPK stellt einen zusätzlichen Antrag von 10% Beteiligung durch den Tennisclub – das bedeutet CHF 32'000 höhere Kosten. Zuerst zum Zusatzantrag. Die Fraktion Die Mitte/Dorfteil Anglikon ist geteilter Meinung. Was spricht für die 15%? Die Gleichberechtigung von allen drei Trägervereinen, welche sehr wichtig ist. Weiter kann es nicht sein, dass, nur weil die Vereinbarungen mit der Gemeinde ausgelaufen sind – unterdessen seit 2020 – man mit den Vereinen schauen kann, wer wieviel bezahlen muss. Auch die Fraktion Die Mitte/Dorfteil Anglikon möchte – wie die FGPK bereits gesagt hat – dass der Gemeinderat mit den Trägervereinen die entsprechenden Vereinbarungen baldmöglichst abschliessen wird. Was für die 25% Eigenfinanzierung durch den Tennisclub sprechen könnte, ist: Die Finanzen des Tennisclubs stehen auf soliden Beinen. Der Tennisclub hat im Jahr 2024 einen Gewinn von CHF 22'000 ausgewiesen. Für das Jahr 2025 haben sie einen Gewinn von CHF 32'000 budgetiert. Die Frage ist nun: Wäre es am Tennisclub zumutbar, diese CHF 32'000 selbst zu finanzieren – allenfalls von einem Gewinn oder Einmaligbeitrag von beispielsweise Aktivmitgliedern? Aus dem Grund wird die Fraktion Die Mitte/Dorfteil Anglikon die Stimmfreigabe zum Zusatzantrag geben. Dem Bericht und Antrag stimmen wir einstimmig zu.

Sieroka Pia, Grüne: Die Grünen unterstützen die Erhaltung und Renovation der Tennisanlage – wir finden, das ist eine sehr wertvolle Anlage, die Wohlen attraktiv macht. Für die Grünen ist im Jahr 2026 Wasser und Gewässerschutz ein grosses Thema. Wir fordern nicht nur für die Tennisanlage, sondern für alle Anlagen in den Niedermatten, Regenwassersammelanlagen. Es sollte kein Trinkwasser verwendet werden, um Tennisplätze und Rasenflächen zu bewässern. Eine Angabe, die im Bericht und Antrag fehlt, ist die über den bisherigen Trinkwasserverbrauch der Sandplätze. Wir verstehen, dass die neuen Allwetterbeläge viel weniger Wasser im Unterhalt benötigen als die bisherigen Sand-Mergel-Beläge. Das ist ein Grund, warum wir diese Veränderung gutheissen. Wir fordern eine nachhaltige und ökologisch sinnvolle Lösung für die Nutzung von Regenwasser statt Trinkwasser im Hinblick auf zu erwartende heissere Tage und längere Trockenperioden. Im Bericht und Antrag ist zu lesen, dass die neuen Beläge Drainage-Anlagen brauchen – hier muss das Regenwasser gesammelt und genutzt werden. Wir erwarten, dass das spätestens für die Etappe 2 der Renovierung der Plätze 5 bis 9 berücksichtigt wird. Wir haben in der Fraktion auch die Finanzierung der Renovierungsarbeiten diskutiert. Wir haben die Grundsatzvereinbarung aus dem Jahre 2001 und den Bericht und Antrag 13006 aus dem Jahre 2014 angeschaut und daraus ist ersichtlich, dass der Tennisclub sich mit 2,6% an den Neuerungsmassnahmen beteiligen müsste. Wir sind nicht darüber informiert, dass dies ausgelaufen ist. Es gibt zumindest keine neue Vereinbarung. Wie wir alle wissen: In der jetzigen Vorlage beteiligt sich der Club mit 15%. Der Tennisclub hat 484 Mitglieder, davon 192 Junioren. Das heisst, es sind hauptsächlich erwachsene und auswärtige Mitglieder. Der Tennisclub steht finanziell gut da und hat die Erhaltungsmassnahmen mit bis zu CHF 69'000 selbst bewerkstelligt. Dazu kommen CHF 60'000 für den Platzwart. Wir wissen auch, dass diese Instandhaltungskosten nach der Renovation signifikant sinken werden. Das heisst, dass der Betrag von CHF 48'000, welcher der Tennisclub beisteuert, sehr schnell amortisiert sein wird. Wir wissen, dass der Tennisclub finanziell gut dasteht, aber trotzdem ist er bereit, einen viel höheren Beitrag zu leisten mit den 15% (Faktor 5.7). Aus unserer Perspektive ist das sehr fair. Für die Etappe 2 der Renovierungsmassnahmen könnte man überlegen, ob man den Beitrag auswärtiger, erwachsener Tennisclub-Mitglieder verstärkt für diese Renovierungsmassnahmen einbringt. Wir finden, dass zuerst die Vereinbarung mit den Vereinen überarbeitet werden muss, bevor uns ein neuer Bericht und Antrag vorgelegt wird. Falls der Verein sich mit einem höheren Anteil an zukünftigen Renovie-

rungsmassnahmen beteiligen kann, könnte sich die Gemeinde auf die Finanzierung von Regenwassersammelanlagen konzentrieren. Die Fraktion der Grünen wird dem Bericht und Antrag mit den 15% zustimmen.

Christen Peter, SVP: Wir unterstützen grundsätzlich den Änderungsantrag, welcher der Sprecher der FGPK kundgetan hat. Wir haben viele Zahlen gehört, ganz viele Argumente dafür und Aussagen wie: «*man sollte trotzdem nicht*», «*sie können, sie können nicht*», «*was hat es für Folgewirkungen auf andere Vereine?*» – das sind alles Dinge, welche hier hineinwirken. Ganz grundsätzlich haben wir in Wohlen finanziell einen sehr engen Spielraum. Wir sind keine Zuger Gemeinde, welche gedankenlos alles supporten und subventionieren kann.

Ich fasse in zwei, drei Punkten zusammen, was wir bereits gehört haben. Die FGPK hat zu diesen 25% grundsätzlich Ja gesagt. Mit diesen neuen, vier Belägen – Platz 1 bis 4 – fallen Unterhaltskosten von CHF 7'000 bis CHF 10'000 an. Das sind zwischen CHF 28'000 bis CHF 40'000 im Total pro Jahr. Dem gegenüber steht die Beteiligung des Tennisclubs von 15% oder eben 25% im Raum, was einen Unterschied von CHF 48'000 bei 15% zu CHF 80'000 bei 25% ausmacht. Das gibt ein Delta von CHF 32'000. Sie sehen also, bereits mit den Einsparungen im Unterhalt, wird das Delta wettgemacht. Bei rund 530 aktiven Mitgliedern des Tennisclubs sind 55% Mitglieder, welche nicht in Wohlen wohnen und de facto hier auch keine Steuern bezahlen. Das müssen Sie sich bewusst sein. Wir geben das Geschenk an Auswärtige. In dieser Situation müsste der Tennisclub mit diesen Mitgliederbeiträgen zumindest etwas innovativer werden. Es ist vorher angesprochen worden, was es für Möglichkeiten gibt. Zu guter Letzt – das ist der Hauptpunkt für mich – ist die Bilanz des Tennisclubs Niedermatten per Ende 2024 auf sehr gute Beine gestellt. Sie können sich die 25% leisten. Sie müssen in einen sauren Apfel beißen, das verstehe ich. Aber ich komme nochmals auf die Situation von Wohlen zurück. Ein weiterer Punkt ist, dass der Tennisclub Wohlen nicht der einzige ist, welcher mit solchen Anforderungen auf uns zukommen wird. Es gibt eine Läuferriege, einen Turnverein, der FC usw. Und alle jammern und sagen: Wir haben kein Geld. Wir müssen uns nach der Decke strecken und wir müssen uns das leisten, was wir auch bezahlen können. Unter dieser Prämisse werden wir dem Verpflichtungskredit im Betrag von CHF 320'000 zustimmen. Bei 15% sind wir nicht dabei. Wir sind absolut der Meinung, dass 25% für den Tennisclub in der jetzigen Situation machbar ist – was aber nicht heisst, dass alle Vereine 25% zahlen. Das muss man anschauen, nach den finanziellen Fähigkeiten beurteilen und dann entscheiden.

Keller Samuel, FDP: Der Tennisclub Niedermatten ist gross, er wird gut geführt und er ist gesund. Auf der Anlage trainieren und spielen über 20 Interclub-Mannschaften, was etwa dreimal mehr ist als der Schweizer Durchschnitt. Das bedeutet, dass neben rund 500 eigenen Spielerinnen und Spielern uns nochmals etwa 500 Gäste auf der Anlage besuchen. Damit gehört Wohlen Niedermatten zu den grössten Clubs der Schweiz. Übrigens hört man häufig, dass die Anlage auch zu den Schönsten gehört. Die Sandplätze sind jedoch inzwischen unbestritten in die Jahre gekommen und müssen erneuert werden. Da diese nur zwischen Mitte April und Mitte Oktober genutzt werden können, ist es sinnvoll, auf Allwetterplätze zu wechseln. Alle umliegenden Tennisclubs wie Villmergen, Bremgarten oder Muri haben diesen Schritt bereits gemacht.

Die Vorteile von Allwetterplätzen sind:

- sorgenfreier und günstiger Unterhalt
- vergleichbare Erstellungskosten (Sandplätze)
- ganzjähriger Spielbetrieb möglich, wodurch früher mit dem Training begonnen werden kann
- deutlich kürzere Abtrocknungszeiten nach Regengüssen

Die Tennisanlage Niedermatten ist eine der bestbesuchten Anlagen der Schweiz, hat aber gleichzeitig die ältesten Plätze. Das darf nicht sein. Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass die Arbeit des Vereins geschätzt werden muss und spricht sich deshalb einstimmig für den Antrag zur Teilerneuerung der ersten vier Plätze aus. Wie hoch der Beitrag des Vereins sein soll? 2,6%, 10%, 15% oder 25% – das wurde alles bereits genannt. Ich hätte noch einen Vorschlag: 50%, 100%. Diese Unsicherheit ist entstanden, weil der Gemeinderat die Verträge mit den Vereinen Fussball, Athleticum und Tennis nicht im Voraus erneuert hat. Drei Personen sind für 25% und eine Person ist für 15%. Wir sind sehr gespannt, was der Gemeinderat in Zukunft machen wird. Es ist aber etwas zu machen.

Einzelvoten

Donat Ruedi, Die Mitte/Dorfteil Anglikon: Der Gemeinderat hat seinen Job gemacht und er hat verhandelt. Aus meiner Sicht hat er gut verhandelt. Der Umkehrschluss wäre – ich beziehe mich auf den Antrag 2

betreffend Erhöhung auf 25% –dass man allen Vereinen empfehlen müsste, nicht gut zu wirtschaften. Damit sie möglichst nicht viel selbst bezahlen müssten. Das gilt es doch zu verhindern. Wir können doch einen Verein, der gut wirtschaftet, nicht bestrafen, indem er höhere Beiträge bezahlen muss. Nebstdem organisieren sie den Ab- und Aufbau der Traglufthalle – notabene haben sie diese auch selbst aufgestellt. Dass die Verträge nicht verlängert worden sind, kann der Tennisclub und alle anderen Vereine nichts dafür. Es gibt keinen Spielraum dafür, dass man jetzt anders verhandelt. Ich möchte, dass der Antrag 2 dem entspricht, was der Gemeinderat vorgeschlagen hat und dem entsprechend zugestimmt wird.

Stäger Dieter, FDP: Ich werde dem Antrag der FGPK folgen und dem Kostenbeteiligungsbeitrag von 25% zustimmen. Ich möchte aber auch klar machen, dass dies das erste, letzte und einzige Mal ist, dass ich so etwas mitmache. Für mich steht ein etwas schwieriger Gedanke dahinter. Ruedi Donat hat etwas ähnliches angesprochen. Nur weil jemand finanziell etwas besser dasteht, ist es nicht richtig, ihn umso mehr zu schröpfen. Erstens hat er gut gewirtschaftet, das wäre zu anerkennen und zweitens finde ich das Ausnehmen von denen, den es ein bisschen besser geht, ein sehr sozialistischer Gedanke, mit welchem ich Mühe habe. Es geht noch um etwas anderes. Es geht darum, dass wir noch andere Vereine haben. Wir haben Vereine, welche es sehr viel schwieriger haben, eine solide finanzielle Situation zu erarbeiten. Beispielsweise in der Leichtathletik. Wenn einmal die Tartanbahn in der Niedermatten ersetzt werden muss und ebenfalls 25% Eigenbeiträge gebracht werden müssen – oder der Kunstrasen des FC – dann wird es sehr schwierig für die Vereine. Das andere Thema, gegen welches ich mich wehren möchte, welches immer wieder kommt, wenn es um Vereinsgeschichten geht: Es wird immer gesagt, die Hälfte sind sowieso Auswärtige. Meine Lieben, das ist tatsächlich so. Das ist aber in fast jedem Verein so. Sie können die Mitgliederliste des Musikvereins anschauen. Dort sieht es nicht viel besser aus. Es ist in allen Gemeinden ringsherum das gleiche Thema. In allen Vereinen sind viel Auswärtige dabei. Die meisten hier im Saal arbeiten auch nicht in Wohlen. In diesem Sinne bitte ich Sie, zwar diesen 25% zuzustimmen aber als einmalige Sache. Spätestens bei den Plätzen 5 bis 9 machen wir etwas anderes.

Lütolf Harry, Die Mitte/Dorfteil Anglikon: Ich werde für 15% Kostenbeteiligung votieren. Zu Handen des Protokolls möchte ich platzieren, dass egal, wie der Rat entscheidet – 15% oder 25% – wir für künftige Erneuerungen frei bleiben. Der Sprecher der SVP hat Recht, ich betone und unterstreiche es, der Einwohnerrat kann bei künftigen Erneuerungen – egal von welchem Club, egal von welchem Verein – immer wieder von Neuem entscheiden. In der Grundsatzvereinbarung vom 29. September 2001 ist festgehalten, dass für Erneuerungen im Einzelfall immer und nach den finanziellen Verhältnissen der Organisation zu entscheiden ist. Tennisclub ist nicht gleich Athletikclub. Athletikclub ist nicht gleich Fussballclub. Wir können uns immer wieder auf neue Beträge festlegen. Es wird hier kein Präjudiz geschaffen. Ich möchte nicht hören, dass wenn wir für 25% votieren, dass dies für Fussball und Leichtathletik gelten soll. Wir dürfen immer wieder frei entscheiden, dies zu Handen des Protokolls.

Heinrich Daniel, Die Mitte/Dorfteil Anglikon: Ich habe zwei Punkte. Den ersten Teil mache ich als FGPK-Präsidenten, weil ich zu vielen Geschäften und vor allem zu diesem Geschäft Dinge gefragt wurde, welche ich erklären möchte. Einige auf der Tribüne wissen vielleicht nicht genau, was man machen kann und was man nicht machen kann, wenn ein Bericht und Antrag aufliegt. Ich möchte euch kurz mitteilen, warum es teilweise Probleme und Diskussionen geben kann. Die FGPK hat die Aufgabe, ein Geschäft kritisch zu betrachten und Fragen zu stellen, Antworten zu hinterfragen, wenn Unklarheiten vorhanden sind und dann natürlich Abklärungen vorzunehmen, damit eine Entscheidung gefällt werden kann. Die Entscheidung geht als Vorschlag seitens FGPK in den Einwohnerrat. Wenn ein Bericht und Antrag erstellt worden und für gut befunden oder abgesegnet worden ist, kann man diesen nicht mehr so einfach ändern. Er wird an die FGPK zugestellt. Inhaltlich kann man nichts mehr machen. Sollte er inhaltlich nicht dem entsprechen, was vereinbart wurde, kann ein Antrag gestellt werden. Der Gemeinderat hat aber jederzeit das Recht, einen Bericht und Antrag von der Traktandenliste zu nehmen. Wir können Geschäfte, wenn man Fehler bemerkt, nicht einverstanden ist oder etwas nicht gut findet, in Absprache mit dem Einwohnerratspräsidium oder mit dem Gemeinderat (Gemeindeammann) von der FGPK-Liste nehmen.

Nun gelange ich zum Bericht und Antrag als Tennisspieler. Die Eigenmittel von 15% sind abgemacht. Jetzt neu auf 25% zu setzen, ist möglich, aber absolut nicht fair. Äusserungen wie: *«Der Tennisclub sei vermögend, daher solle er mehr Eigenmittel aufbringen»*, sendet ein komplett falsches Signal in die Zukunft aus. Nicht nur für Trägervereine auch für alle anderen Vereine. Einige haben die Vereinbarung Betriebsreglement zwischen Trägerverein und Gemeinde gelesen und daraus ein Urteil gebildet und bejahen eine Aufstockung. Das kann man. Nur darf man beim wichtigsten Punkt für diese Entscheidung nicht vergessen, wie die Gemeinde zu einer superschönen Anlage gekommen ist. Der Ursprung liegt in der Paul-Walser-Stiftung, welche Trägerverein des Tennis- und Fussballclubs war. Als der Traum der Niedermatten Sportanlagen langsam zu keimen begann, ist die Leichtathletik von Wohlen dazu gekommen. Im Jahr 2004 hat das Volk an der Urne zu der Niedermatten Sportanlage Ja gesagt. Der Tennisclub hat

CHF 1,2 Mio. bis CHF 1,5 Mio. bezahlt in den letzten 22 Jahren. Der Tennisclub unterhält seine Anlage seit 22 Jahren und steht für das ein und bezahlt es. Ich bitte Sie, lehnen Sie die Erhöhung auf 25% ab. Bleiben Sie bei diesen ausgehandelten 15%, wie im Bericht und Antrag festgesetzt worden ist. Die Vereine werden es Ihnen danken.

Vogt Roland, Gemeindeammann: Ich danke dem FGPK-Präsidenten. Ich möchte noch kurz auf zwei, drei Dinge eingehen, welche erwähnt worden sind. Die Sprecherin der SP hat erwähnt, dass die 2. Etappe im Jahr 2029 kommen sollte. Das ist nicht korrekt. Die 2. Etappe kommt nach fünf Jahre – also sicher nicht vor 2030/2031. Es wurde von verschiedenen Seiten gesagt, dass die Grundsatzvereinbarung ausgelaufen ist und nicht mehr existiert. Ich danke Harry Lütolf Danke für seine Präzisierung. Es ist korrekt so. Die Grundsatzvereinbarung ist immer noch gültig. Sie sagt, dass man unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse jedes Geschäft separat anschauen muss. Diese Grundsatzvereinbarung gibt es, sie ist nicht ausgelaufen. Nun zum Argument der finanziellen Möglichkeiten des Tennisclubs. Es ist richtig, dass der Tennisclub im Vergleich zu anderen Vereinen finanziell gut dasteht. Aber aufgrund dessen ein Verein abstrafen – wie Ruedi Donat es gesagt hat – ist auch nicht korrekt. Man soll die finanziellen Möglichkeiten bei jedem Projekt anschauen und der Gemeinderat ist der Meinung, dass 15% gerechtfertigt sind. Sie müssen sich vorstellen, ursprünglich ist man von 2.6% ausgegangen und man hat diesen Prozentsatz viermal erhöht auf 10% im ersten Geschäft und ist nun bei einem sechsmal höheren Betrag von 15%. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass in dieser Gemeinde das Vereinsleben lebt und man Sport, Kultur etc. weiterhin betreiben kann. Höhere Beiträge von irgendwelchen Vereinen führt schlussendlich zu höheren Vereinsbeiträgen für die Mitgliederinnen und Mitglieder. Das möchte der Gemeinderat nicht. Er möchte, dass jeder in dieser Gemeinde am Vereinsleben teilnehmen und mit den finanziellen Möglichkeiten aktiv etwas mitgestalten kann. Höhere Beträge bedeuten automatisch höhere Beiträge und das möchten wir nicht. Stimmen Sie bitte dem Antrag des Gemeinderates mit 15% zu.

Abstimmung über Änderungsantrag

Der Änderungsantrag

Die Beteiligung des Tennis Club Wohlen Niedermatten an den Gesamtkosten soll auf 25% festgelegt werden

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung

Den gemeinderätlichen Anträgen

1. *Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Sanierung der Tennisplätze 1 bis 4 des Sportzentrums Niedermatten im Gesamtbetrag von CHF 320'000 (±10%; inkl. 8.1% MWST).*

wird mit 36 Ja-Stimmen zu 3 Enthaltungen angenommen.

2. *Die Beteiligung des Tennis Club Wohlen Niedermatten an den Gesamtkosten wird auf 15% festgelegt.*

wird mit 30 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Bericht und Antrag 16008 Containerprovisorium Bünzmatt – Verpflichtungskredit Realisierung**Rückweisungsantrag**

Breitschmid Manfred, SVP: Zu den Vorlagen 16008 und 16009 Containerprovisorium stelle ich einen Rückweisungsantrag. Die zentrale Frage für mich ist, müssen wir heute wirklich über zwei Projekte entscheiden, wenn deren Ausgangslage noch nicht vollständig geklärt ist. Ich habe Sie am Sonntag per E-Mail über meinen Rückweisungsantrag informiert. Ich hätte Ihnen diesen Antrag gerne früher zugestellt, allerdings haben die dazu notwendigen Abklärungen ihre Zeit gebraucht. Bis Anfang letzter Woche war für mich aufgrund der folgenden Aussage:

«Der bisherige Provisoriums-Standort der Bezirksschule am Oberdorfweg wird per 31. Dezember 2026 aufgegeben. Der Gemeinderat geht davon aus, dass der private Grundeigentümer dort ein Wohnbauprojekt realisieren wird.»

Wenn ein Schulstandort tatsächlich einem Wohnbauprojekt weichen muss, dann ist eine andere Lösung selbstverständlich zwingend. Inzwischen weiss ich jedoch, dass diese Situation so nicht besteht. Bei der Bearbeitung meines Rückweisungsantrags stellte sich für mich zudem eine weitere Frage: Was passiert eigentlich, wenn heute nur eine der beiden Vorlagen die Zustimmung erhält? Mir wurde dabei klar, dass das nicht funktioniert. Die beiden Vorlagen gehören zusammen. Deshalb habe ich auch eine Anfrage an den Rechtsdienst des Departements Volkswirtschaft und Inneres gestellt. Mir geht es mit diesem Antrag nicht darum, die Projekte grundsätzlich in Frage zu stellen. Mir geht es darum, sicherzustellen, dass wir auf einer möglichst klaren Entscheidungsgrundlage entscheiden.

Für meinen Rückweisungsantrag sind drei Punkte massgebend:

1. Das bisherige Mietverhältnis am Standort Oberdorfweg wurde von Seite der Gemeinde beendet. Für die Beurteilung der weiteren Entwicklung dieses Standortes erscheint mir dieser Sachverhalt relevant.
2. Der Eigentümer des Grundstücks hat Gesprächsbereitschaft hinsichtlich einer möglichen Verlängerung der Nutzung signalisiert.
3. Beide Vorlagen beruhen auf derselben Anlage am Oberdorfweg, die demontiert und anschliessend auf zwei Standorte verteilt werden soll. Damit besteht zwischen den beiden Projekten ein direkter sachlicher Zusammenhang.

Aus meiner Sicht sollte deshalb vor einer Entscheidung nochmals geprüft werden, ob eine Übergangslösung am Standort Oberdorfweg eine Möglichkeit darstellt und wie der Zusammenhang der beiden Projekte zu beurteilen ist. Ich beantrage deshalb die Rückweisung der Vorlagen 16008 und 16009 an den Gemeinderat mit dem Auftrag, den Zusammenhang der beiden Projekte nochmals zu prüfen und die Situation am Standort Oberdorfweg zu klären. Genau deshalb beantrage ich die Rückweisung dieser beiden Vorlagen.

Parvex-Käppeli Olivier, Gemeinderat: Manfred Breitschmid stellt einen Rückweisungsantrag für die beiden Schulraumprovisorien. Er möchte gerne mehr Zeit für Abklärungen betreffend Standort Oberdorfweg mit der Absicht zu erfahren, ob man diesen noch länger in Betrieb halten könnte. Die Fragen, welche sich Manfred Breitschmid zu diesem Standort stellt, sind durchaus gute und nachvollziehbare Fragen. Möglicherweise gibt es eine günstigere Lösung, als der Gemeinderat heute mit seinem Bericht und Anträgen vorstellt. Die Fragen, welche im Rückweisungsantrag gestellt werden, hat sich der Gemeinderat aber bereits vor längerer Zeit auch gestellt und wie folgt beantwortet. Darum werde ich Manfred Breitschmid seine Fragen heute beantworten können. Das Mietverhältnis am Oberdorfweg ist nicht gekündigt worden vom Gemeinderat. Das ist nicht korrekt. Der Mietvertrag ist ausgelaufen. Wir hätten die Option gehabt, zu verlängern. Diese hat sich aus verschiedenen Gründen als nicht sinnvoll gezeigt. Erstens hat die Schule kein Bedarf an einem teuren Mietverhältnis am Oberdorfweg. Der Oberdorfweg ist für die Sanierung und den

Neubau des Bezirksschulhauses Halde gemietet worden. Das Schulhaus Halde liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum Oberdorfweg und darum war dieser für die Bauphase ein idealer Standort. Im Sommer geht das Schulhaus Halde in Betrieb und der Oberdorfweg wird nicht mehr gebraucht. Ein weiterer und vielleicht der entscheidendere Grund, wieso der Gemeinderat das Mietverhältnis auslaufen liess, ist die baurechtliche Situation. Das Provisorium am Oberdorfweg liegt in der Wohn- und Gewerbezone 4 (WG 4). Die Schulbauten sind in dieser Zone nicht zonenkonform und darum auch nicht zulässig. Für den Umbau der Bezirksschule gab es eine Ausnahmegewilligung, welche jedoch am 31. Dezember 2026 ausläuft. Möchte man das Containerprovisorium stehen lassen, würde es eine neue Ausnahmegewilligung benötigen. Diese Bewilligung würde aber juristisch gesehen auf sehr unsicheren Beinen stehen. Eine Ausnahmegewilligung wird nur erteilt, wenn ausserordentliche Verhältnisse vorliegen und keine anderen Möglichkeiten für einen Bau bestehen. In diesem Fall fällt das Argument weg, weil wir mit diesen beiden Bericht und Anträgen eine Alternative aufzeigen können. Eine weitere Ausnahmegewilligung ist aus unserer Sicht und aus Sicht unserer Experten darum äusserst unrealistisch. Wenn nur eine Einsprache eintrifft, dann ist diese Ausnahmegewilligung vom Tisch. Das stellt in Bezug auf den dringend benötigten Schulraum ein sehr grosses Risiko dar. Es spielt auch keine Rolle, dass der Eigentümer Gesprächsbereitschaft für eine weitere Miete signalisiert hat. Auch finanziell wäre das Beibehalten des Standorts Oberdorf nur kurzfristig eine günstigere Variante. Die geplanten Provisorien im Bünzmatt und Junkholz stehen in Zukunft auf unserem eigenen Land. Nach Inbetriebnahme fallen keine Mietkosten mehr an und sie können theoretisch auch länger als die sieben oder vier Jahre gebraucht werden, was massiv Kosten einsparen würde. Mit der Lösung auf unserem eigenen Land, sind wir flexibel. Wir können die Schulprovisorien zum Beispiel auch für die Sanierung der Schulstandorte Junkholz oder Bünzmatt brauchen. Dann wirft Manfred Breitschmid die Frage auf, ob es sich bei diesem Projekt um zwei Projekte oder ein Projekt handelt respektive ob die Einheit der Materien verletzt ist – wie es unter Juristen heisst. Die Antwort aus Sicht des Gemeinderates und seinen Spezialisten ist klar: Es handelt sich um zwei unabhängige Projekte. Das zeigt sich daran, dass sie an zwei verschiedenen Standorten stehen. Beide Projekte sind unabhängig voneinander realisierbar. Es besteht kein Zusammenhang, dass das eine ohne das andere nicht realisiert werden könnte und auch keine Abhängigkeiten von diesen beiden Geschäften. Für beide Provisorien braucht es wieder eine separate Bauverwilligung. Es gibt auch separate Kredite und eine separate Abrechnung. Sollten wir nachher auf das Geschäft eintreten, könnte der Einwohnerrat einem Provisorium zustimmen und das andere theoretisch ablehnen, das möchten wir natürlich nicht. Auch die unterschiedliche Betriebsdauer von mindestens sieben und vier Jahre zeigt, dass es sich dabei um verschiedene Projekte handelt. Das Einzige, was die beiden Anträge gemeinsam haben, ist, dass die Container vorher am gleichen Ort gestanden sind. Das hat aber nichts mit diesen Projekten zu tun, die uns vorliegen – das sind separate Projekte. Darum ist ein obligatorisches Referendum – welches vermutlich angetönt wird – welches ab einem Kredit von CHF 5 Mio. nötig ist, kein Thema. Der letzte, wichtige Grund gegen eine Rückweisung ist der Zeitdruck. Wir brauchen dringend neuen Schulraum. Wenn wir nun eine Verzögerung in Kauf nehmen, dann würden wir es nicht schaffen, den Schulraum rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Zusammenfassend kann ich darum sagen, es handelt sich bei diesen beiden Verpflichtungskrediten um zwei verschiedene und unabhängige Projekte. Der einzige Zusammenhang ist, dass die Container vorher am gleichen Ort standen. Der Standort Oberdorf weiter zu betreiben ist aus unserer Einschätzung unmöglich, weil keine Ausnahmegewilligung erteilt werden könnte. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen und die beiden Geschäfte vom Gemeinderat heute zu beraten.

Fraktionsmeinungen

Dietrich Stefanie, Die Mitte/Dorfteil Anglikon: Knapp 24 Stunden ist es her, seit wir diesen Rückweisungsantrag erhalten haben. Wie soll man unter diesem Umstand alles seriös anschauen können. Wie soll man sich so mit der Fraktion beraten und weitere Abklärungen machen? Es ist schlichtweg unmöglich. Wir haben es heute kurz per WhatsApp-Chat diskutiert, aber es war eigentlich klar. Dass die beiden Containerprovisorien sehr teuer sind, vor allem wenn man bedenkt, dass es kurzfristige Lösungen sind, liegt auf der Hand. Aber auch die Miete des Oberdorfweges ist teuer. Es kostet uns jährlich fast CHF 0.5 Mio. Jahr. Dass man nun jetzt alles wieder über den Haufen werfen möchte, obwohl an der Dezembersitzung gesagt worden ist, dass die neue Schulraumplanungsstrategie genau im Sinne des Antragsstellers sei, finden wir sehr fraglich. Die Aussage des Antragsstellers, dass es nun vielleicht doch möglich sei, am Oberdorfweg zu bleiben und die Besitzer doch für ein Gespräch offen seien, beisst sich mit der Aussage des Gemeinderates. Wir haben uns gefragt: Ist etwas schiefgelaufen? Ich glaube jedoch, die Antworten von Olivier Par-

vex-Käppeli haben uns weiterhelfen können. Wie auch immer, wir sind hier, um über die beiden Containerprovisorien zu sprechen und darüber zu befinden. Die Fraktion Die Mitte/Dorfteil Anglikon wird diesen Rückweisungsantrag einstimmig nicht unterstützen.

Christen Peter, SVP: Wir befinden uns in einer schwierigen Situation. Einerseits möchten wir sparen, andererseits brauchen wir Schulraum. Bis zu unserer Fraktionssitzung dachten wir, das sei der Weg, den wir gehen müssten. Es wurde zu diesem Zeitpunkt aber das erste Mal wirklich erkannt, dass die Gemeinde schlussendlich eine Option nicht erweitert hat. Wir haben nicht gekündet, das haben wir nie gesagt. Wir haben eine Option nicht wahrgenommen, um das Provisorium weiter halten zu können. Ich denke, wir vergeben uns in Anbetracht der Summe, welche wir hier ausgeben, in ein Provisorium mit einem Transport von jetzigen Containern an zwei neue Standorte nichts, im zeitlichen Ablauf, wenn wir uns einen Monat Zeit geben und eine informierte Entscheidung treffen können unter der Voraussetzung, was wir neu erfahren haben. Offensichtlich ist der Vermieter dieser Parzelle bereit, mit uns ins Gespräch zu kommen, das ist uns so bestätigt worden. Nun sagt der Gemeinderat, es sei prinzipiell gar nicht möglich, dass eine solche Ausnahmegewilligung nochmals erteilt werden würde. Das würde ich in Frage stellen. Ich bin nicht sicher, ob dies so ist. Unter der Voraussetzung, dass das Ganze viel Geld kostet und wir die Option hätten, uns Schnauf bis zur nächsten Sitzung zu geben und viele Abklärungen definitiv zu machen, mache ich beliebt, dass man das Geschäft vertagt. Wir vergeben uns damit nichts.

Matter Franziska, Grüne: Ich kann mich daran erinnern, dass es eine Schulraumkommission gab und es wäre gut gewesen, wenn dort alle mitgemacht hätten. Genau solche Fragen haben wir diskutiert – auf und ab. Dann hätten wir genug Zeit gehabt – und das haben wir auch. Darum ist es nun etwas spät.

Geissmann Thomas, Gemeinderat: Das Amt des Gemeinderates habe ich sehr gerne angetreten. Mir war auch wichtig, dass wir einige Dinge anders angehen. Schulraum, Schulraumplanung – das wissen wir in Wohlen – ist ein ewiges Thema gewesen. Wir können uns an den Pilatus erinnern: Halde, welches wir durchgebracht haben. Es ist ein Thema, welches bewegt. Meine Meinung war, dass wir den Dialog suchen müssen. Wir müssen es schaffen, weiter in Zukunft vorausschauen und wir müssen eine Strategie haben. Die Strategie wurde zusammengestellt. Sie wurde im Dezember besprochen. Vielleicht können Sie nachvollziehen, wie frustriert ich im Moment bin. Man hat eine Strategie und über Nacht kommt eine neue Idee. Und jetzt soll man damit umgehen. Ich frage mich, wieso wir eine Schulraumplanungskommission haben. Ich frage mich auch, wieso wir eine FGPK haben. Im Grunde können wir alles abschaffen, es braucht es gar nicht mehr, wenn wir ad hock etwas anschauen müssen. Manfred Breitschmid, Sie möchten, dass wir abklären, ob wir in Verhandlungen steigen können. Das ist der grösste Fehler. Der Gemeinderat möchte das nicht und ich würde nun gerne darlegen, wieso dieses Vorhaben eine schlechte Idee ist. Die eine Variante ist die Vorlage, welche Sie kennen. Es sind CHF 6,975 Mio. Mit dieser Vorlage fällt die Miete ab sofort oder ab Ende Jahr weg. Wir bezahlen keine Miete mehr. Wir realisieren Schulraum, dort wo er hingehört: Auf das eigene Land und nicht auf fremdes Land, wo wir Planungsunsicherheit haben, wo wir Miete zahlen – das sind auch Kosten. Die Schulraumprovisorien sind bei diesen Schulzentren Junkholz, Bünzmatt exakt dort, wo wir es brauchen. Wir haben etwas, was von unglaublich hohem Wert ist: Wir können es sogar ausbauen. Wenn wir wollen, können wir einen oder sogar zwei Stöcke ergänzen. So günstigen Schulraum werden wir nie mehr finden. Wir können spielen, wir können miteinander in Zukunft – wenn wir heute zusagen – tatsächlich eine Schulraumstrategie weiterentwickeln. Manfred Breitschmid möchte, dass wir lange Zeit Miete bezahlen, ein Jahr sogar ohne, dass wir die Räume brauchen. Das müssen wir uns vorstellen: SVP schlägt vor, dass wir CHF 460'000 zahlen und diese Räume werden nicht benutzt. Nun kommt noch etwas ganz Entscheidendes. Die Idee ist die, dass man Oberstufenschüler der beiden Schulzentren Bünzmatt und Junkholz an den Oberdorfweg nimmt. Sie müssen sich das plastisch vorstellen. Ein Lehrer vom Bünzmatt geht mit seiner Klasse in das Provisorium. Er ist aber weiterhin dem Schulleiter vom Bünzmatt unterstellt. Im gleichen Gang vis-à-vis ist ein Lehrer, welcher dem Schulleiter vom Junkholz unterstellt ist. Alles ist machbar. Aber, dass dies nicht sinnvoll ist, sollte jedem einleuchten. Weiteres Problem: Es gibt keine Fachzimmer. Fachzimmer für Textiles Werken, Schulküche etc. sind nicht vorhanden. Jetzt haben Sie zwei Möglichkeiten. Entweder bauen Sie es für teures Geld und innerhalb von fünf Jahren schreiben Sie es ab, oder die Schüler bewegen sich ständig hin und her. Einmal kurz ins Werken zurück ins Junkholz, dann wieder zurück. Am besten müssen sie noch ins Turnen. Sie können nicht in die Hofmatten, sie müssen wieder zurück ins Junkholz. Schulorganisatorisch ist dies der Supergau. Nun kommen wir zum wichtigsten Punkt. Im Jahre 2031 haben Sie das Junkholz fertig gebaut – Sie haben es erweitert. Wunderbar für die Schüler des Junkholz. Sie können zurück ins Junkholzschulhaus. Was machen Sie mit den Schülern vom Bünzmatt? Manfred Breitschmid, haben Sie sich das überlegt? Wohin gehen diese Schüler? Ins Bünzmatt können sie nicht, da ist kein Platz mehr vorhanden. Auch dort kann man sagen: Wir bauen das Junkholz etwas weiter. CHF 1.1 Mio. pro Klasse. Bei sechs Klassen wären das CHF 6.6 Mio. Wenn Sie in einen heiligen Krieg ziehen möchten und noch ein Referendum anhängen: Erwähnen Sie bitte die Gesamtkosten und was es alles mit sich bringt. Mir ist darum wichtig und ich richte

mich nun an die SVP, betrachten Sie es bitte gesamthaft. Es ist richtig, dass nächstes Jahr CHF 4 Mio. gespart werden könnten. Aber was Sie nicht haben, ist ein Provisorium mit sechs Zimmern im Junkholz und ein Provisorium mit sechs Zimmern im Bünzmatt. Das haben Sie nicht. Das ist ein Gegenwert in Millionenhöhe. Stimmen Sie darum bitte diesem Rückweisungsantrag nicht zu – dies gilt selbstverständlich auch für den Rest des Einwohnerrates.

Einzelvoten

Breitschmid Manfred, SVP: Ich habe lediglich eine Feststellung für das Protokoll. Der Herr Gemeinderat sagt, ich hätte gesagt: «Man hätte *gekündigt*.» Dieses Wort habe ich nie in den Mund genommen, sondern ich habe das Folgende gesagt:

«Das bisherige Mietverhältnis am Standort Oberdorf wurde von Seite der Gemeinde beendet. Sie hätte jederzeit die Möglichkeit gehabt, das Verhältnis zu verlängern.»

So ist es. Der zweite Punkt ist an Gemeinderat Thomas Geissmann gerichtet. Die Ausführungen waren sehr interessant. Sehr viel Stoff, welchem man entgegenhalten könnte. Ich verzichte darauf. Eine Frage möchte ich aber beantwortet haben. In den Unterlagen spricht man von sieben Jahren und ich bin von sieben Jahren ausgegangen in meinen Überlegungen. Sei es Mietbetrag, Umzugskosten von CHF 7 Mio. – jeder kann selbst die Rechnung machen. Ich höre, man könne aufstocken etc. Wenn ich für sieben Jahre ein Provisorium aufstelle und bereits jetzt vom Aufstocken spreche, frage ich mich: Gibt es ein Dauerprovisorium? So wie wir bereits Erfahrungen beim Haldenschulhaus haben? Wenn dies wirklich im Kopf des Gemeinderates ist, dass diese sieben Jahre nicht stimmen, dann stimmt meine Rechnung auch nicht.

Lütolf Harry, Die Mitte/Dorfteil Anglikon: Der Rückweisungsantrag, welcher offensichtlich von der SVP-Fraktion getragen wird, zeigt schön auf, dass die SVP nach wie vor auf allen Hochzeiten tanzen möchte. Sie tanzt hier drinnen im Einwohnerrat in der Legislative, sie tanzt aber auch in der Exekutive, mit einer sehr starken Vertretung. Nämlich in zwei Schlüsselressorts: Gemeindeammann und Finanzvorsteherin. Sie haben es im Griff, mit Ihnen zusammen, den Kurs in Wohlen zu bestimmen. Nicht zuletzt tanzen sie den anderen Fraktionen auf der Nase herum. Sie sind in ihrer Rolle noch nicht angekommen. Sie machen gleichzeitig Regierung und Opposition. Das ist lächerlich. Ich finde, dass dieser Antrag zeigt, dass die SVP gerne die Sau durchs Dorf jagt. Es wird bereits mit einem Referendum gedroht – habe ich gehört. Gleichzeitig erlaubt sich die SVP in der Schulraumplanungskommission nicht mitzumachen. Im Dezember wird der Strategie grundsätzlich zugestimmt, nur damit 24 Stunden vor der heutigen Einwohnerratssitzung jemand von der SVP kommt und sagt, er wolle einen Rückweisungsantrag stellen. Wir haben keine Zeit – wir wissen es. Wir müssen das Tempo hochhalten. Solche Übungen sind lächerlich in meinen Augen. Es geht nicht darum, ob der Oberdorfweg länger gemietet werden kann oder nicht. Es ist völlig irrelevant. Wir bezahlen dort oben auch künftig ca. CHF 0.5 Mio. Miete. Das muss man auch noch veranschlagen. Wir haben seit über sechs Jahren dort Miete bezahlt – viel zu lange. Das neue Bezirksschulhaus könnte bereits gebaut und im Jahr 2020 eröffnet sein. Man bezahlt bereits CHF 3 Mio. Miete unnötigerweise, weil damals ein Jean-Pierre Galatti mit der SVP-Fraktion gemeinsam mit Architekten ein Projekt zerschmettert hat. Unnötige CHF 3 Mio. wurden verlost. Jetzt müssen wir diese Übung nochmals durchziehen und noch mehr unnötige Miete bezahlen. Zu der sehr treffenden Ausführung des Gemeinderates Thomas Geissmann möchte ich sagen: Er hat vieles erwähnt. Was er nicht erwähnt hat, ist der Kindergarten. Manfred Breitschmid, was glauben Sie? Die Kindergärten, das wissen wir, weil es im Bericht und Antrag steht, befindet sich in einem desolaten Zustand. Sie müssten dringendst erneuert werden und können aber nicht erneuert werden. Es braucht eine Ersatzlösung. Glauben Sie, dass die Kinder vom Litzibuech oder Junkholz an den Oberdorfweg laufen? Das wäre die einzige Variante, wenn man Ihrem Vorschlag folgen würde. Auch wiederum lächerlich. Bitte kommen Sie in Ihrer Rolle an. Sie können nicht gleichzeitig Regierung und Opposition spielen.

Breitschmid Manfred, SVP: Man kann nicht einfach alles stehen lassen, was Herr Lütolf sagt – darum sage ich nochmals etwas, sorry. Wenn er sagt, die beiden Kindergärten seien in einem desolaten Zustand, dann hat er die Unterlagen des Gemeinderates nicht gelesen. Der Gemeinderat spricht nur von einem Kindergarten, welcher einen desolaten Zustand hat. Ich nehme an, sicherlich nicht der Kindergarten im Bollmoosweg. Ich wohne in der Nähe. Dieser Kindergarten ist sicherlich nicht in einem desolaten Zustand. Die Argumente von Harry Lütolf erinnern mich daran: Man wirft etwas aus dem Sack heraus – aber das sind wir uns von ihm gewohnt. Ich möchte Harry Lütolf oder auch der Fraktion sagen: Vielleicht mehr Sachlichkeit bei den Voten.

Parvex-Käppeli Olivier, Gemeinderat: Geschätzter Manfred Breitschmid, ich möchte kurz Ihre Frage beantworten, um wieder sachlich zu werden. Sie haben die sieben respektive vier Jahre angesprochen. Das ist korrekt. Wir gehen aktuell von sieben und vier Jahren aus. Aber durch die Aufstockungsmöglichkeit haben wir die Flexibilität, wenn wir zum Beispiel das Junkholz sanieren, dass man dort das Provisorium, welches separat geplant ist, eventuell dort unterbringen und erweitern. Man hat eine grosse Flexibilität, mit dieser Lösung, welche der Gemeinderat vorschlägt. Darum kann es sein, dass das Provisorium in einem anderen Zweck auch nach vier oder sieben Jahren noch gebraucht wird. Also für den Umbau oder Sanierung vom einzelnen Standort.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag (16008) wird mit 6 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Der Rückweisungsantrag (16009) wird mit 6 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Heinrich Daniel, Präsident FGPK: In der FGPK haben wir beide Geschäfte zur gleichen Zeit diskutiert. Die FGPK hat die Containerprovisorien Bünzmatt, Junkholz genau angeschaut. Der Gemeinderat hat uns nun zwei Objekte vorgelegt, welche ausgereift sind – man hat etwas überlegt. Er schafft die Grundlage dafür, dass man jederzeit reagieren kann. Es besteht die Möglichkeit, die Provisorien bei Sanierungen wieder einzusetzen. Die Provisorien können somit auch länger eingesetzt werden. Für mich setzt der Gemeinderat den Volksentscheid genau richtig um. Er verbaut sich nichts mehr. Er hat ein Ziel, er hat eine Strategie und dieser folgen wir nun. Die FGPK hat das anerkannt. Dies auch mit dem Wissen, dass ein Provisorium kein Luxus darstellen wird, welchen wir in anderen Festbauten haben. Das müssen wir akzeptieren. Die FGPK stellte viele Fragen, welche seitens des Gemeinderates und der Fachabteilung beantwortet wurden. Wir haben schlussendlich eine kurze Diskussion geführt und den Bericht und Anträgen einstimmig zugestimmt. Länger haben wir über die vom Gemeinderat für bei den Vorlagen angedachten Sparmassnahmen diskutiert. Die Erhöhung des Verpflichtungskredites für die Überdachung im Umfang von CHF 65'000 wurde mit 5 Nein-Stimmen zu 4 Ja-Stimmen abgelehnt. Die Erhöhung des Verpflichtungskredits im Betrag von CHF 50'000 zwecks Optimierung des Aussenangebot im Bünzmatt wurde mit 6 Nein-Stimmen zu 3 Ja-Stimmen abgelehnt. Die gleichen Anträge wurden im Zusammenhang mit dem Verpflichtungskredit Junkholz gestellt. Die FGPK hat die Einsparungen für die Überdachung von CHF 80'000 mit 5 Nein-Stimmen zu 4 Ja-Stimmen abgelehnt. Der Antrag für die Erhöhung des Verpflichtungskredits betreffend Optimierung des Aussenraumangebotes mit zusätzlichen Spielgeräten, Bäume und Sträuchern im Betrag von CHF 50'000 wurde durch die FGPK mit 6 Nein-Stimmen zu 3 Ja-Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Gemeinderates im Bericht und Antrag 16008 wurde anschliessend von der FGPK einstimmig angenommen. Der Antrag des Gemeinderates im Bericht und Antrag 16009 wurde ebenfalls anschliessend einstimmig angenommen. Die FGPK geht voraus. Wir hoffen schwer, dass Sie uns folgen. Wir müssen vorwärts machen, wir brauchen die Schulzimmer. Es ist zwingend notwendig.

Geissmann Thomas, Gemeinderat: Ich bin nun weniger emotional. Ich würde gerne vorausschicken, dass ich Manfred Breitschmid, Peter Christen und alle, die vorhin aufgestanden sind, zu einem gemeinsamen Gespräch einladen möchte, damit ich aufzeigen kann, dass das, was wir hier machen, eine gute und unter dem Strich sogar die günstigere Lösung ist. Ich würde gerne, all das, was nicht im Bericht und Antrag steht, wiedergeben. Wieso machen wir das Ganze überhaupt? Das hat mit den steigenden Schülerzahlen zu tun. Diese Botschaft ist mir wichtig. Es ist nicht, weil man das Gefühl hat, es könnten mehr werden. Die Zahlen sind alle sauber hergeleitet. Es gibt ein jährliches Monitoring durch die Firma Eckhaus, welche verschiedene Daten anschaut. Unter anderem schaut sie die Wohnbautätigkeiten in unserem Gebiet an. Man schaut ja nicht nur Wohlen an, denn wir haben auch andere Gemeinden, welche ihre Schüler nach Wohlen schicken. Die Geburtenentwicklung wird angeschaut und Zu- und Wegzüge. Genau das Letzte, was ich gesagt habe – Zu- und Wegzüge – das ist das, was das Wachstum der Schülerzahlen verursacht. Das heisst, Wohlen ist offenbar eine attraktive Wohngemeinde. Es kommen gerne Leute hierhin, um zu wohnen. Einzelne bringen auch Kinder mit, über welche wir uns freuen, dass wir sie in unseren Schulen haben. Das Monitoring wird jährlich aktualisiert und so haben wir auch eine immer bessere Prognosegenauigkeit und wir können frühzeitig – das ist auch etwas, was mir sehr wichtig ist – erkennen, wann wir reagieren müssen, nicht erst im letzten Moment. Ich war auch einmal Mitglied im Einwohnerrat, als es von einer Woche auf die andere hiess, dass man mehr Schulraum brauche. So etwas wollen wir künftig vermeiden. Aktuell gehen wir davon aus, dass in den nächsten 15 Jahren die Schülerzahlen von 2'463 auf 2'899 Schülerinnen

und Schüler steigen. Das bedeutet, dass wir von 128 Abteilungen auf 154 Abteilungen wachsen. Das ist ein Fakt und auf diesen müssen wir reagieren. Es wurde bereits erwähnt, dass diese Schulraumstrategie dem Einwohnerrat bereits vorgelegt wurde. Es ist nicht etwas ganz Neues, das wir auf die Beine gestellt haben. Es ist zur Kenntnisnahme gebracht worden. Es hat dazumal auch keine fundamentale Opposition gegeben. Die Stossrichtung wurde gutgeheissen. Dass, was wir heute machen, ist nichts anderes als das Umsetzen, was in diesem Papier gestanden ist, und diesen Weg werden wir auch weiter gehen. Darum bitte ich Sie im Namen des Gemeinderates, stimmen Sie diesen beiden Vorlagen zu.

Parvex-Käppeli Olivier, Gemeinderat: Ich danke meinem Gemeinderatskollegen für die detaillierte Ausführung zum Bedarf vom Schulraum. Ich danke auch dem Präsidenten der FGPK als Sprecher. Daniel Heinrich hat die beiden Projekte präzise zusammengefasst. Was wir Ihnen mit diesem Bericht und Anträgen präsentieren, ist eine vernünftige Lösung für den fehlenden Schulraum in den Zentren Bünzmatt und Junkholz. Wir verlegen unsere qualitativ hochwertigen Container vom Provisorium Oberdorfweg in die beiden Schulzentren. Dadurch entstehen dort je zwei Provisorien mit je sechs Schulzimmern.

Zur Lage: Im Bünzmatt kommt das Provisorium an den westlichen Arealrand zwischen Badi und Bünzmatt 1. Das hat den Vorteil, dass Unterstufenklassen direkt an den Primarschulklassen im Bünzmatt 1 angebunden sind. Ausserdem ist die Lage an einem kleinen Wald mit Feuchtbiotop und einer spannenden Hügellandschaft perfekt für Kindergartenkinder. Beim Junkholz wird das Provisorium auf den Hartplatz zwischen der renovierten Turnhalle und dem Rasenplatz positioniert. Auch dort sind ganz in der Nähe spannende Spielplätze und Naturerlebnisse erreichbar. An beiden Standorten wird durch die Positionierung die grosse Wiese auf dem Schulareal frei gelassen, sodass dort zukünftige Erweiterungen und Neubauten möglich sind und die Provisorien nicht im Weg stehen.

Zum Raumprogramm: An beiden Standorten gibt es je zwei Kindergärten, drei Klassenzimmer für die Unterstufe und ein EK-Zimmer. Zudem noch Lagerräume, ein Büro für die Schulleitung, einen Vorbereitungsraum und ein Lehrerzimmer. Die Lösung bietet gerade auch für die Kindergärten viele Vorteile: Beim Schulzentrum Bünzmatt kann endlich der Doppelkindergarten Sorenbühl aufgehoben werden. Der Kindergarten ist in einem schlechten Zustand. Es handelt sich um ein Provisorium, welches noch älter ist als das auf dem Haldenschulhausplatz, welches wir heute kennen. Es ist nämlich in Leichtbauweise vor 56 Jahren erbaut worden. Das Raumprogramm des Kindergartens liegt aktuell 36% unter den Planungshinweisen vom Kanton für Kindergärten – also viel zu klein. Auch im Junkholz kann der Einzelkindergarten Bollmoos aufgehoben werden. Er ist nicht in einem desolaten Zustand aber der Kindergarten Bollmoos ist in einem Wohnblock im Parterre untergebracht. Die Fläche dieses Kindergartens ist auch 33% unter den Planungsvorgaben des Kantons. Der Aussenraum im Wohnquartier ist sehr knapp. Der zweite Kindergarten im Junkholz ist für die zusätzlichen Kinder vorgesehen, welche ab dem Schuljahr 2027/2028 in den Kindergarten kommen. Beide Kindergärten, welche wir verlassen werden, gehören dem Gemeinnützigen Ortsverein. Für den GOV gibt es durch den Umzug neue Handlungsoptionen für ihre Liegenschaften. Vor allem im Bollmoos ist dies für sie spannend.

Zu den Kosten: Der Gemeinderat beantragt Ihnen für das Provisorium Bünzmatt einen Verpflichtungskredit von CHF 3,6 Mio. und für das Provisorium im Junkholz einen Verpflichtungskredit von CHF 3,375 Mio.

Zu den Sparmassnahmen des Gemeinderates: Die Beträge waren in der ersten Beratung höher. Der Gemeinderat hatte den Finger draufgehabt, dass man die Beträge reduzieren kann. Er hat sich intensiv mit diesen Projekten auseinandergesetzt und die Sparmassnahmen umgesetzt, welche Sie im Bericht und Antrag sehen:

Bünzmatt

- Aussenliegende Treppe und aussenliegender Lift anstelle einer innenliegenden Erschliessung: CHF 190'000.
- Verzicht auf überdachte Pausenflächen: CHF 65'000.
- Optimierung des Aussenraumangebotes durch Reduktion der Spielgeräte sowie von neuen Bäumen und Sträuchern: CHF 50'000.

Junkholz

- Aussenliegende Treppe und aussenliegender Lift anstelle einer innenliegenden Erschliessung: CHF 205'000.
- Verzicht auf überdachte Pausenflächen: CHF 80'000.
- Optimierung des Aussenraumangebotes durch Reduktion der Spielgeräte sowie von neuen Bäumen und Sträuchern: CHF 50'000.

Insgesamt hat der Gemeinderat CHF 640'000 eingespart.

Betriebskosten:

Bünzmatt

Für den Unterhalt, die Reinigung und den Hauswart der vier neuen Abteilungen – es sind nur vier neue Abteilungen im Bünzmatt, weil beim Kindergarten bereits Unterhalt anfällt – ist eine Aufstockung von rund 60 Stellenprozent im Facility Management nötig. Die zwei Kindergärten fallen nicht ins Gewicht, weil der Unterhalt bereits im Sorenbühl angefallen ist. Die sonstigen Betriebskosten werden pro Jahr auf rund CHF 50'000 geschätzt.

Junkholz

Für den Unterhalt, die Reinigung und den Hauswart der fünf neuen Abteilungen im Junkholz – der Unterhalt des Kindergartens wird nur verlagert – braucht es eine Aufstockung von rund 75 Stellenprozenten. Die sonstigen Betriebskosten werden auch hier auf CHF 50'000 geschätzt.

Schlussbetrachtung. Der Gemeinderat zieht folgendes Fazit:

- Das Containerprovisorium stellt für eine Übergangszeit von mindestens sieben respektive vier Jahre qualitativ und quantitativ ausreichender Schulraum zur Verfügung.
- Dank einer räumlichen Verdichtung zeichnet sich das Projekt durch einen sparsamen Landverbrauch aus.
- Der Schulbetrieb gemäss dem Lehrplan 21 kann aufrechterhalten werden.
- Die Bauweise ist in der Erstellung wesentlich kostengünstiger als ein permanenter Bau und schont dank der Wiederverwendung des Containerprovisoriums Oberdorfweg Ressourcen.
- Das Projekt sichert die Einhaltung der engen Termine und den Bezug auf das Schuljahr 2027/2028.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Unterstützung dieser beiden Anträge.

Fraktionsmeinungen

Christen Peter, SVP: Es fällt mir nicht schwer, die Fraktionsmeinung kurz zusammenzufassen. Wir haben absolutes Verständnis dafür, dass wir Schulraum benötigen. Das stand nie zur Diskussion. Mit diesen zwei Rückweisungsanträgen von heute Abend haben wir eine letzte kleine Möglichkeit wahrnehmen wollen, um den ganzen Prozess unter Umständen zu optimieren. Sie alle haben Argumente dafür und dagegen gehört. Ich stelle fest, dass der Gemeinderat sich gut auf diese Sitzung vorbereitet hat. Er hat uns wertvolle Informationen gegeben. Die SVP Wohlen-Anglikon wird ähnlich wie bei der Abstimmung über die Rückweisung kunterbunt entscheiden. Das ist selten der Fall bei der SVP. Normalerweise sind wir gradlinig, einheitlich unterwegs. Lassen Sie sich überraschen.

Sax Manuel, GLP: Ende 2025 haben wir hier im Einwohnerrat die neue Strategie zur Schulraumplanung zur Kenntnis genommen. Die beiden vorliegenden Anträge für Containerprovisoren sind eine direkte Folge davon. Der Schulraum ist knapp und die Kindergärten Bollmoos und Sorenbühl schon länger so nicht mehr tauglich. Somit werden die beiden Provisorien, die wohlgemerkt nur den aktuellen Bedarf abdecken, dringend gebraucht. Das sind wir den Kindern und den Lehrpersonen schuldig. Positiv hervorheben möchten wir, dass die bestehende Containeranlage vom Oberdorfweg weiterverwendet wird. Diese Wiederverwendung ist aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht sicher sinnvoll – auch wenn die ganze Aktion deutlich über das reine «Zügel» der Container hinausgeht und beispielsweise ein neuer Innenausbau umgesetzt werden muss. Sinnvoll ist bestimmt auch, dass das Fundament so ausgelegt wird, dass eine Aufstockung möglich ist – denn für die Sanierungen, die in den Schulhäusern anstehen, sind bald weitere Provisorien nötig. Dies sind für uns von der GLP genug Gründe, um den vorliegenden Anträgen zuzustimmen. Trotzdem bleibt aus unserer Sicht ein gewisser Wermutstropfen. Mit Verpflichtungskrediten von insgesamt rund CHF 7 Mio. investieren wir sehr, sehr viel Geld in temporäre Bauten. Wir von der GLP bevorzugen grundsätzlich nachhaltige und dauerhafte Lösungen gegenüber Provisorien, welche längerfristig teuer werden. Da kam bei uns die Frage auf, ob uns die ursprüngliche Strategie, die vom Stimmvolk abgelehnt wurde, im Endeffekt nicht deutlich weniger gekostet hätte.

Matter Franziska, Grüne: Die Fraktion der Grünen unterstützt die vorliegenden Verpflichtungskredite für das Containerprovisorium Bünzmatt und Junkholz. Die Schulraumplanung der Gemeinde Wohlen steht vor der Herausforderung, auf steigende Schülerzahlen und veränderte Anforderungen auf die schulische Infrastruktur, zu reagieren. Das vorgeschlagene Provisorium stellt eine pragmatische und zeitlich angemessene Lösung dar, um den dringend benötigte Schulraum sicher zu stellen, bis die geplanten Sanierungen

und Erweiterungen der Schulzentren umgesetzt werden können. Besonders positiv beurteilen wir, dass das bestehende Containerprovisorium vom Standort Oberdorfweg wiederverwendet wird. Wiederverwendung vorhandener Bausubstanz reduziert den Ressourcenverbrauch und spart graue Energie. Diese Vorgehensweise entspricht einem verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit bestehenden Materialien und finanziellen Mitteln. Zudem ermöglicht das Projekt den stark veralteten Kindergarten Sorenbühl und auch den viel zu kleinen Kindergarten Bollmoos abzulösen. Der bauliche Zustand des Kindergarten Sorenbühl entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen und es ist dringend Zeit, dass wir hier eine neue Lösung finden. Mit der Integration von zwei Kindergartenabteilungen sowie weiteren Klassenräumen wird eine funktionale und pädagogisch sinnvolle Lösung geschaffen, welche den aktuellen Bedürfnissen der Schule gerecht wird im Bünzmatt und im Junkholz. Die Fraktion der Grünen sieht im Projekt auch einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Bildungsqualität. Ausreichender und geeigneter Schulraum ist eine zentrale Voraussetzung für gute Lernbedingungen, angemessene Klassengrößen und die erfolgreiche Umsetzung des Lehrplanes 21. Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Provisorium den Minergie-Standard nicht erreicht und dass die Gebäudetechnik einige Einschränkungen aufweist. Angesichts der temporären Nutzung, der Wiederverwendung der Containeranlage und der geplanten, späteren Schulraumstrategien erachten wir diesen Kompromiss als nachvollziehbar und okay. Für die Fraktion der Grünen überwiegen die Vorteile dieser Projekte klar. Das Provisorium schafft dringend benötigten Schulraum, nutzt vorhandene Ressourcen sinnvoll und stellt eine wirtschaftlich verantwortbare Übergangslösung dar. Wir empfehlen darum dem Einwohnerrat, den Verpflichtungskrediten zuzustimmen.

Dietrich Stefanie, Die Mitte/Dorfteil Anglikon: Das Thema Schulraum ist ein heisses Thema und wird uns noch mehrere Jahre begleiten. Die Fraktion die Mitte/Dorfteil Anglikon begrüsst sehr, dass die Schulraumplanungskommission auch weiterhin bestehen bleibt. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam mehrheitsfähige Lösungen finden können. Mit diesen beiden vorliegenden Provisorien geht es in die richtige Richtung. Dass wir die bestehenden Container aus dem Oberdorf wiederverwenden können, macht Sinn. Trotzdem muss erwähnt werden, dass auch diese Variante nicht ganz günstig ist. Ein langfristiger Neubau hätte pro Abteilung CHF 1,1 Mio. gekostet. Bei dem, was wir jetzt vorliegend haben, sind wir bereits bei CHF 600'000 – nur für die vier respektive sieben Jahre. Es ist also nicht für die Zukunft. Das steht für uns in keinem Verhältnis. Der Standort des Containers auf dem Bünzmatt-Areal finden wir optimal und schafft Synergien mit den bestehenden Bauten. Auch dass der Kindergarten im Sorenbühlweg aufgehoben und integriert wird, macht absolut Sinn. Bei unserer Fraktion haben die erwähnten Sparmassnahmen im Bericht und Antrag zu Diskussionen geführt. Vor allem, weil man davon ausgeht, dass man im Bünzmatt länger als sieben Jahre bleiben wird. Kurz zu der Aussentreppe. Kindergartenkinder und Kinder aus der 1. und 2. Klasse können nicht gehen; sie rennen. Diese Treppe ist rutschig und aus unserer Sicht gefährlich. Dazu gibt es keinen Antrag. Wir bitten aber den Gemeinderat und die Planer, Vorkehrungen zu treffen, damit es für unsere Kleinsten sicher ist auf dieser Treppe. Dasselbe gilt für das Junkholzschulhaus. Zu den überdachten Pausenflächen: Beim Bünzmatt geht es um CHF 65'000. Das sind keine 2% der Gesamtsumme. Im Verhältnis also eher wenig. Es geht nicht darum, dass die Kinder nicht nass werden dürfen. Es geht hauptsächlich um den Sonnenschutz, vor allem, weil man davon ausgeht, dass es im Bünzmatt ein Providurium werden könnte, lohnt sich diese Sparmassnahme nicht. Sparen auf dem Rücken der Kinder finde ich persönlich und auch andere aus der Fraktion äusserst fragwürdig und bedenklich. Die Fraktion die Mitte/Dorfteil Anglikon wird dem Antrag, welcher später gestellt wird, mehrheitlich zustimmen. Zum Aussenangebot: Beim Bünzmatt handelt es sich um CHF 50'000. Ich kann mich nur wiederholen. Man spart auch hier wieder bei unseren Kleinsten. Kindergartenkinder sind nicht nur in der Pause 10 min draussen. Sie verbringen oft den ganzen Nachmittag draussen und nein, sie dürfen nicht auf einen anderen Spielplatz auf dem Areal. Auch hier wird unsere Fraktion den Anträgen mehrheitlich zustimmen. Auch beim Junkholz finden wir den Standort fürs Provisorium sehr gut gewählt. Es besteht genügend Platz für künftige Bauten, falls der Bedarf besteht. Auch macht es Sinn, dass auch dort, Kindergärten integriert werden. Die Massnahmen, welche getroffen werden, damit man aufstocken kann, unterstützen wir. Was aber auch für Diskussionen gesorgt hat beim Junkholz wie auch beim Bünzmatt, sind die Sparmassnahmen, welche im Bericht und Antrag ersichtlich sind. Im Junkholz finde ich es noch fast wichtiger. Der Containerbau steht ganz allein auf einem grossen Platz ohne einen einzigen schattenspendenden Baum. Das bedeutet, dass die kleinen Kinder bei über 30°C in der prallen Sonne draussen spielen. Wie gesagt, hat es dort die Bünz und einen Spielplatz und Bäume, nur; die Kinder dürfen nicht dort herunter – das wurde mir an der FGPK-Sitzung so bestätigt. Wie gesagt, die Fraktion die Mitte/Dorfteil Anglikon wird diesen beiden Bericht und Anträgen einstimmig zustimmen und den Zusatzanträgen ebenfalls mehrheitlich zustimmen.

Stäger Dieter, FDP: Ich kann es kurz machen, weil bereits sehr viel gesagt wurde. Es gibt zwei Punkte, welche mir und der Fraktion FDP wichtig sind. Der erste Punkt ist auch der Kostenfaktor. Es ist stückweit eine Altlast. Ich appelliere gerne wieder einmal, dass man in Zukunft etwas bescheidener, einfacher bauen kann, als man dies in der Vergangenheit gemacht hat. Die ganzen Container für über CHF 7 Mio. ist ein wahnsinniger Aufwand, betrachtet man diesen bei Licht. Der zweite Punkt: Es ist klar, wir müssen etwas

machen. Die Container sind vielleicht auch in der Zukunft willkommen, weil wir nicht genau wissen, wie sich die Schülerzahlen tatsächlich entwickeln. Es gibt verschiedene Perspektiven im Moment. Alles andere muss ich Ihnen, glaube ich, nicht weiter erläutern. Insbesondere das sehr leidenschaftliche Votum von Thomas Geissmann hat alles gesagt. Dazu stimmen wir zu.

Arnet Martina, SP: Die SP hat bei der Abstimmung zu den Verpflichtungskrediten für die Projektierung der Neubauten der Schulzentren Bünzmatt und Junkholz ganz klar Ja gesagt. Unter anderem mit dem Argument, dass wir keine teuren Containerprovisorien für unsere Schülerinnen und Schüler wollen. Die Bevölkerung hat damals Nein gesagt und damit auch Ja zu den Provisorien, welche nun kommen werden – sie müssen kommen. Der Preis ist sehr hoch. Der Unterschied zu den ursprünglich geplanten Bauten ist dabei nicht besonders gross – wir haben es bereits gehört. Für die SP ist klar, dass die Provisorien jetzt benötigt werden. Die Schülerinnen- und Schülerzahlen steigen, es braucht mehr Schulraum. Trotzdem bleiben bei uns grosse Bedenken. Wir wollen nicht, dass diese Provisorien zu einer langfristigen Massnahme werden. Es darf nicht passieren, dass die Schulraumplanung herausgezögert wird, nur weil man sich plötzlich mit den Provisorien arrangiert. Sie sollen und dürfen nicht zu einer dauerhaften Lösung werden. Vor allem auch darum nicht, weil die vom Gemeinderat beschlossenen Sparmassnahmen vorsehen, Pausenplatzgestaltung auf ein Minimum zu reduzieren und auf eine überdachte Pausenplatzfläche sowie auch auf zusätzliche Sträucher und mögliche schattenspendende Bäume ganz zu verzichten. Diese Sparmassnahmen sind für uns nicht akzeptabel. Darum haben wir gemeinsam mit den Grünen Anträge um eine Erhöhung der Verpflichtungskredite gestellt, damit die wichtigen Elemente wieder eingeplant werden können. Auch die Tatsache, dass die Provisorien auch so erstellt werden sollen, dass eine spätere Aufstockung möglich ist, lässt Zweifel aufkommen, ob sie tatsächlich als reine Übergangslösung gedacht sind. Denn genau hier besteht die Gefahr, dass der Druck sinkt, die neuen und dringend benötigten Schulhäuser zeitnah zu realisieren. Die SP stimmt beiden Verpflichtungskrediten zu. Gleichzeitig möchten wir klar festhalten, dass die Provisorien keine Dauerlösung werden dürfen. Provisorische Schulbauten können kurzfristig helfen, den dringend benötigten Schulraum zu schaffen. Sie entsprechen jedoch nicht dem Standard, welchen wir für unsere Schülerinnen und Schüler langfristig erwarten. Für uns ist darum klar: Die Provisorien müssen tatsächlich Übergangslösung bleiben. Die Schulraumplanung und die Realisierung der neuen Schulhäuser müssen weiterhin mit hoher Priorität vorangetrieben werden. Wir werden darum bei jeder weiteren Diskussion zur Schulraumplanung darauf zurückkommen und darauf achten, dass die notwendigen Schulhäuser auch tatsächlich und zeitnah umgesetzt werden.

Einzelvoten

Sieroka Pia, Grüne: Ich persönlich würde auch lieber Geld ausgeben für richtige Schulhausbauten als für Provisorien. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um noch etwas zum Kindergarten Sorenbühl zu sagen, weil da gab es eine Berichterstattung im Dezember, die besagt hat, dass der Zustand gut sei.

Ich möchte Ihnen ein paar Fakten über diesen Kindergarten geben:

1. Die Eingangstür geht nach innen auf, klemmt, geht nur schwer auf und kann von einem Kindergartenkind nicht selbständig geöffnet werden. Dieser Zustand entspricht nicht den Brandschutzregelungen. Wer übernimmt im Ereignisfall die Verantwortung?
2. Neben dem Lavabo, an dem die Kinder sich die Hände waschen, befindet sich sehr nah ein sehr heisser Heizkörper mit einer hohen Verletzungsgefahr für die Kinder.
3. Durch die Wand beim Lehrpersonen WC dringt Wasser.
4. Im letzten Jahr gab es eine Wespenplage. Ein Kind wurde in den Hals gestochen. Wahrscheinlich befindet sich ein Wespennest unter dem Dach.
5. Das Raumangebot ist zu gering. Gruppenunterricht findet in der unbeheizten Garderobe statt. Bei Kälte und Unruhe von 2 Klassen ist ein konzentrierter Unterricht kaum möglich.

Ich möchte, dass Sie wissen, wie die Zustände wirklich sind und meine Frage ist: Muss man jetzt, obwohl man weiss, der Kindergarten wird bald umziehen, trotzdem noch Massnahmen ergreifen, für die letzten Monate in denen dieser Kindergarten in Betrieb ist? In unsere Gemeinde würde ich mir für die Schulraumplanung generell eine weitsichtigere Planung wünschen. Damit nicht immer das erste ist «Ich möchte Geld sparen», sondern dass man langfristig plant und richtige Schulhäuser hinstellt, statt Provisorien – man spart am Ende. Das braucht einmal Mut für Investitionen und der fehlt leider.

Parvex-Käppeli Olivier, Gemeinderat: Es ist richtig, was die SP und die Grünen gesagt haben. Man kann der Meinung sein, dass Schulhäuser, welche nicht Provisorien sind, besser sind. Der Gemeinderat ist aber ganz klar der Meinung, dass es diese Volksentscheide zu respektieren gilt. Darum setzten wir diese Schulraumstrategie um, welche der Einwohnerrat letzten Dezember zur Kenntnis genommen hat. Dem Gemeinderat war es wichtig, transparent aufzuzeigen, was er gespart hat und wo, dass er gespart hat. Uns war bei der Debatte auch wichtig, dass wir nicht beim Schulraum sparen. Wir haben vernünftigen Schulraum, welcher von der Grösse passt, und das wollten wir nicht anfassen. Darum sind wir auf diese Sparbemühungen gelangt, welche wir umgesetzt haben. Stefanie Dietrich, Sie haben den Sonnenschutz und das Dach im Bünzmatt bemängelt. Es ist korrekt, das hat man gestrichen. Dies ergibt vielleicht gewisse Einschränkungen. Im Bünzmatt haben wir aber eine sehr gute Situation mit der Beschattung. Das Provisorium steht mitten in einem kleinen Wald. Aus der Sicht des Gemeinderates ist es kein Problem. Das Aussenraumangebot im Bünzmatt ist sehr gut. Man hat wirklich eine spannende Landschaft und man wird auf einzelne Spielelemente verzichten, aber ich denke, dass die Kinder dies verkraften können. Im Junkholz hat man ebenfalls auf das Dach verzichtet – das ist korrekt. Der Gemeinderat war der Meinung, dass dies eine Einschränkung ist – aber auch eine, die weniger schlimm ist, als wenn man den Schulraum reduzieren würde. Es gibt für die Kindergartenkinder im Aussenbereich einen speziellen Raum, welcher mit Büschen und Bäumen ausgestattet wird. Dort wird es Schatten geben trotz den Sparmassnahmen. Es ist nicht korrekt, dass man keine Bäume setzt oder auf Sträucher ganz verzichtet. Es wird Beschattungsmöglichkeiten geben. Es ist korrekt, dass der Kindergarten Sorenbühl nicht in einem guten Zustand ist – das ist bekannt. Die Probleme werden im laufenden Unterhalt angegangen. Man macht das Nötigste und Wichtigste. Wenn man wieder ins Bünzmatt umziehen könnte, wäre damit sicherlich allen gedient.

Abstimmung Änderungsantrag (16008)

Der Änderungsantrag

Das Aussenraumangebot soll nicht durch eine Senkung der Qualität der Begrünung, Beschattung, Spielelemente und einer damit verbundenen Verschlechterung der Aufenthaltsbedingungen einhergehen. Die CHF 50'000 sollen wieder in Projekt aufgenommen werden.

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Änderungsantrag

Auf überdachte Pausenflächen soll nicht verzichtet werden und der Betrag von CH 65'000 wieder aufgenommen werden.

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredits zur Realisierung des Schulraumprovisoriums Bünzmatt im Gesamtbetrag von CHF 3'600'000 ($\pm 10\%$, inkl. 8.1% MWST).

wird mit 29 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

Bericht und Antrag 16009 Containerprovisorium Junkholz – Verpflichtungskredit Realisierung

Die Behandlung des Geschäftes hat mit dem Traktandum «Bericht und Antrag 16008 Containerprovisorium Bünz matt – Verpflichtungskredit Realisierung» stattgefunden.

Einzelvoten

Schmid Patrick, Grüne: Wir haben vier Anträge gestellt, weil man diese priorisieren kann. Beim Junkholz ist die Ausgangslage, mit der Beschattung und dem Schutz vor Witterung und dann mit einem Mehraufwand bei der Reinigung, viel schwieriger. Ich glaube, dass man im Bünz matt ausweichen kann. Wenn wir diese Aufstockungsmöglichkeiten von CHF 30'000 bestimmt haben, werden wir es vermutlich auch umsetzen. Die Anlagen werden vermutlich während der Renovierung im Junkholz gebraucht werden. Ich bin positiv überrascht, wenn die Provisorien unter 12 bis 15 Jahre weg sind. Eine Priorisierung bei diesen Anträgen ist wichtig.

Abstimmung Änderungsantrag (16009)

Der Änderungsantrag

Das Aussenraumangebot soll nicht durch eine Senkung der Qualität der Begrünung, Beschattung, Spielelemente und einer damit verbundenen Verschlechterung der Aufenthaltsbedingungen einhergehen. Die CHF 50'000 sollen wieder in Projekt aufgenommen werden.

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Änderungsantrag

Auf überdachte Pausenflächen soll nicht verzichtet werden und der Betrag von CHF 80'000 wieder aufgenommen werden.

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredits zur Realisierung des Schulraumprovisoriums Junkholz im Gesamtbetrag von CHF 3'375'000 ($\pm 10\%$, inkl. 8.1% MWST).

wird mit 28 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

Frischknecht Julia, Präsidentin: Somit ist die heutige Sitzung beendet. Ich bedanke mich für eures Erscheinen und Mitwirken. Die nächste Sitzung findet am 11. Mai 2026 im Casino voraussichtlich um 19.00 Uhr statt.

Jetzt geht es für alle Willigen in die Bleichi!

Für das Protokoll



Julia Frischknecht
Präsidentin



Michelle Hunziker
Aktuarin